

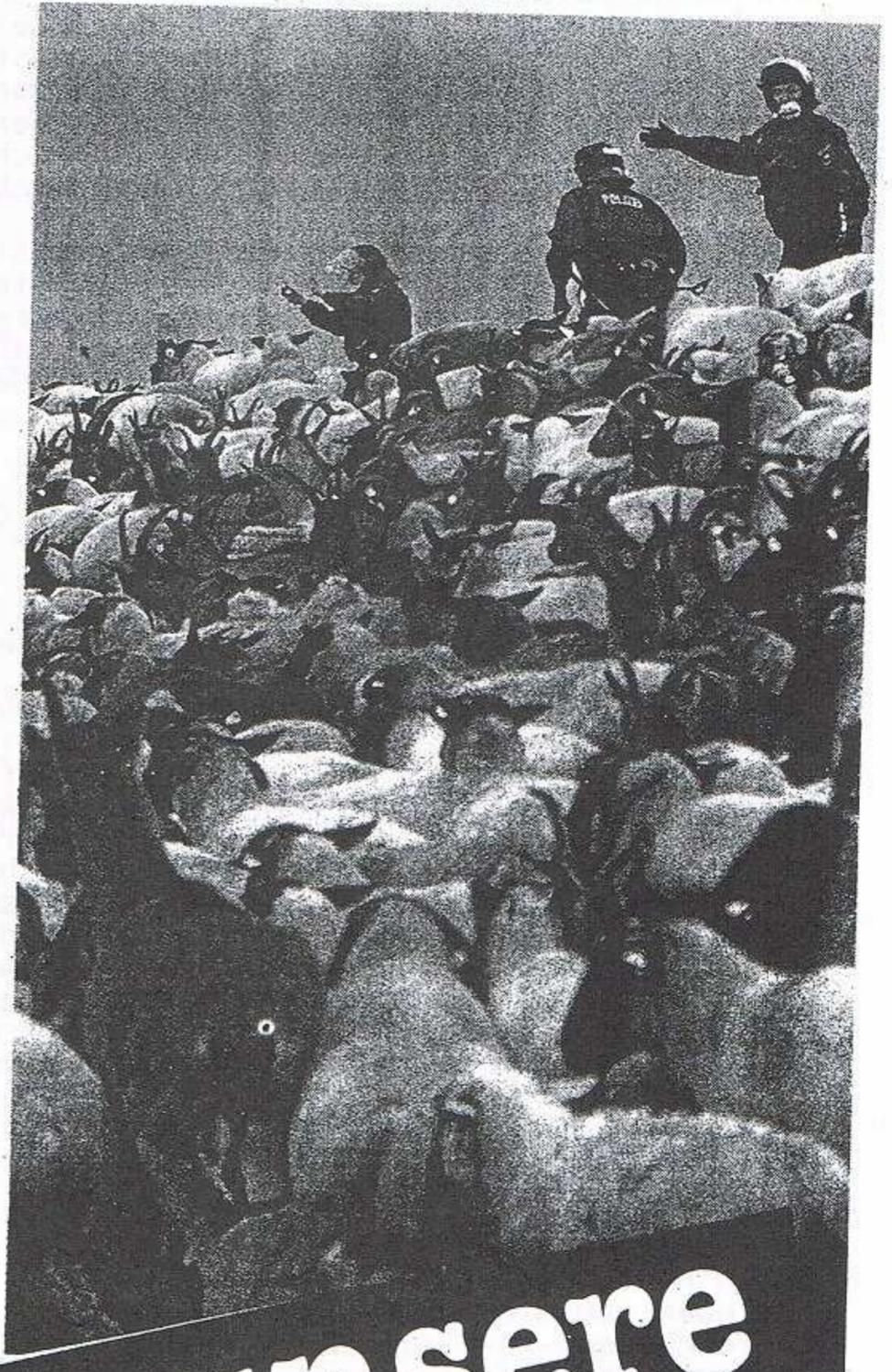
## Blökade

# Castor-Schlacht

## Unsere Polizisten sind die Deppen der Nation

Sie werden verprügelt, bespuckt, gedemütigt - unsere Polizisten in der Atom-

müll-Schlacht. Jetzt sagen sie selbst: „Wir sind die Deppen der Nation!“ S. 8



So werden unsere Polizisten verheizt

Bauern treiben sogar Schafe auf die Strecke

Hallo liebe Leser\_innen,  
wir bleiben mal wieder unserem Namen "regelmäßig unregelmäßig erscheinendes  
Polit-Info" treu und melden uns mit Verspätung. Dafür können wir euch ein  
volles und wie wir finden spannendes Heft präsentieren.

Es liegen bewegte Wochen hinter uns. Leider gingen nicht alle Aktivitäten von  
uns aus: Der Bullenapparat hielt es mal wieder für nötig, die Buchläden zu  
razzen. Fast zum selben Zeitpunkt gab's die Nazi-Anschläge auf das M99 und  
andere linke Läden. Eine gute Reaktion waren die entschiedenen Demos von uns,  
die es daraufhin gab. Schön fanden wir auch, dass gegen die versuchte Zensur  
in den Buchläden jetzt mehr Öffentlichkeit hergestellt wird, mit Plakaten,  
einer Kundgebung und einer großen Veranstaltung. Diese verschiedenen Formen  
praktischer Solidarität sind nach wie vor bitter nötig, auch damit kein Gefühl  
der Gewöhnung an Razzien und an Nazi-Übergriffe entsteht. Seid weiter wachsam  
und aktiv! Solidarische Grüße an die Buchläden und das M99! Wir hoffen, ihr  
bekommt die Unterstützung, die ihr braucht!

Aktiv und erfolgreich waren wir beim Castor. Die längste Transportdauer der  
Gorlebengeschichte und die immensen Kosten für den Bulleneinsatz sind wirklich  
ein Grund zur Freude! Wir warten auf eure Nachbereitungstexte zum Schottern  
und den anderen Aktionen. Dieses Jahr haben wir noch zweimal die Chance, der  
Atomlobby in die Suppe zu spucken, bei den Transporten von Lubmin und Ahaus.  
Auf gehts!

Auch zum Noborder-Camp in Brüssel würden wir uns über Nachbetrachtungen freuen.  
Diesmal erreichten uns die Berichte einiger anarchistischer Aktivitäten rund  
um die Abschiebepolitik, aber z. B. eine Zusammenfassung der Campaktivitäten  
steht noch aus.

Zur Diskussion wollen wir einen Antifa-Beitrag stellen, der eine Islamismus-  
Kritik ins linke Bewusstsein rücken will. Der Text versucht, viele Fragen zu  
behandeln, die zu dem komplexen Thema gehören. Wir sehen dennoch viele  
Diskussionspunkte. Zum Beispiel finden wir eine Reflexion des eigenen Euro-  
zentrismus als eine Grundlage der Beschäftigung mit Islamismus, diese Ebene  
haben wir vermisst. Auch bei der Frage, wo eine linke Islamismuskritik mit  
dem herrschenden Anti-Islam(ismus)-Diskurs und rassistischen Ressentiments  
einhergeht, wünschen wir uns mehr Vorsicht oder Aufmerksamkeit. Außerdem  
fanden wir fragwürdig, sich beim Thema Islamismus vor allem mit linker  
Bündnispolitik zu beschäftigen. Gibt es da nicht dringlichere Fragen, z. B.  
die genauere Betrachtung von Akteur\_innen und Zusammenhängen? Vielleicht  
habt ihr ja schlaue Antworten parat, jedenfalls haben wir keine Lust eine  
wichtige und begründete Islamismuskritik wieder nur vor dem Hintergrund des  
üblichen innerlinken (Nahost-)konflikts zu behandeln.

Also spitzt eure Bleistifte und ab die Post, bis zum nächsten Mal  
eure Red.

#### Inhalt

Volxsport-----s. 3  
gegen Heldengedenken in Essel--s.6  
Aktionen gegen QMs-----s. 7  
zu Townhouses-----s. 8  
EA-Zeug\_innenaufwurf---s. 8  
Outing zu Baugruppen----s. 9  
Bullenangriff aufs XB----s.10  
Autonome Gruppen zu Castor Schottern--s.11  
Anarchist\_innen in Brüssel----s.13  
Proteste in Frankreich-----s.18  
SZ-Artikel zum "kommenden Aufstand"--s.22  
zur Disk.: Antifas gegen Islamismus--s.23  
Antiknast - Marco Camenisch----s.24  
Antiknast-Tage-----s. 27  
Mumia-Demoaufwurf-----s.29  
Seminarreihe Teilhabe-----s.30

#### IMPRESSUM

HerausgeberIn: Interim e.V.  
V.i.S.d.P. Charlotte Schulz  
Gneisenaustr. 2a  
10961 Berlin

#### EIGENTUMSVORBEHALT

Diese Druckschrift ist Eigentum der Absenderin,  
bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde.  
Zur Habenahme ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts.  
Wird diese Druckschrift nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin  
unter Angaben von Gründen zurückzusenden.

#### HR SCHREIBT DIE INTERIM:

Ihr schreibt und sammelt die Texte, wir stellen das Heft zusammen.

Beiträge müssen bis spätestens Montag bei uns im Briefkasten sein.

per Post:

Interim, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

per Einwurf:

Umschlag beschriftet mit „Interim“ in den Türschlitz des Postraums im Mehringhof 2. Hof,  
Aufgang III, 1. OG, neben Blauem Salon, werktags bis 17 Uhr erreichbar

Achtet auf Fingerabdrücke und Spuren, auf mehrfach verwendetes Brief- und Umschlagpapier  
bzw. Briefmarken. Es ist bekannt, dass hin und wieder Postsendungen zum Teil geöffnet  
wurden oder verschwinden.

#### IHR BEKOMMT DIE INTERIM:

...in gut sortierten linken Buch- oder Infoläden, Kreipen, autonomen Zentren, überall dort, wo  
sie auch von Euch selbst ausgelegt wird. Wir wollen, dass die INTERIM nichts kosten soll und  
jede/r sie überall an ganz vielen Orten einfach mitnehmen kann - dafür brauchen wir Euch!  
Zum Verteilen und zum Geld-Organisieren, denn Produktion, Verschickung und Verteilung  
sind nicht umsonst. Stellt Spendendosen auf, organisiert Soliparties und überlegt, welchen  
festen regelmäßigen Betrag ihr uns zukommen lassen könnt.

Meldet Euch per Post, wenn es die INTERIM

bei Euch nicht gibt und wir sie Euch schicken sollen, versucht dabei bitte, zentrale Verteil- und  
Abholstellen zu organisieren, damit wir Porto sparen können.

Schickt uns Knastadressen und kümmert Euch als Soli-Gruppen darum, dass die INTERIM  
dort auch ankommt.

Wir haben kein Bankkonto! Deshalb schickt uns Geld bitte in Briefumschlägen, (aber  
möglichst keine großen Beträge auf einmal), genauso kommt es auch bei uns an, wenn ihr es  
im beschrifteten Umschlag in den Briefschlitz (Mehringhof Postraum) werft. DANKE!

"wir haben mal auf den busch geklopft, um zu sehn, was sich bewegt?  
- bullenzitat zu den g8-durchsuchungen

folgende personen "inneren sicherheit" haben heute nacht von uns besuch erhalten:

1. monika harms, bundesanwältin  
- böller in den vorgarten
2. konrad freiberg, chef der gdp  
- auto kaputt
3. heiko vahldieck, innensenator  
- farbe an der hauswand

wenn sich im november die akteure der sogenannten "inneren sicherheit" treffen, wollen wir nicht nur zusehen, sondern schon jetzt unseren teil für eine gelungene veranstaltung beitragen.

seit jahresanfang spricht die bundesanwaltschaft von einer umkehr in ihrer schwerpunktsetzung hin zu einer primären verfolgung und durchleuchtung der linken szene. seitdem werkeln verschiedene geheimdienste am berichten über den neuen alten "staatsfeind nr. 1": die radikale linke.

parallel dazu finden umfangreiche abhöraktionen und observationen statt.

schon einen schritt weiter ist die baw bei der verstärkten repression gegen migrantische linke. abseits einer größeren öffentlichkeit fanden und finden mehrere verfahren gegen türkische linke statt. in den prozessen in stuttgart-stammheim kam es bereits zu verurteilungen von 2-3 jahren für die mitgliedschaft in der dhkp-c. bei allen unterschieden und widersprüchen gegenüber organisationsform und politischer ausrichtung, müssen wir uns fragen, wie eine gemeinsame antwort auf staatliche repression zu finden ist.

seit kurzem laufen erneut prozesse gegen ehemalige mitglieder der raf. vordergründig geht es darum, individuelle "schuldzuweisungen" zu bekommen.

über 30 jahre war es allen egal, wer wofür verurteilt wurde. hauptsache, sie verschwanden hinter schloss und riegel. worum es wirklich geht, ist die abwicklung linker widerstandsgeschichte und ein nicht endendes rachebedürfnis der baw. wir wünschen den betroffenen viel kraft!!!!!!

wenn sich die verschiedenen sicherheits-, verfassungsschutz- und polizeiorgane treffen, können wir davon ausgehen, dass es auch wieder um die selbstverteidigung gegenüber übergriffigen polizeibeamt\_innen gehen wird.

innensenator und gdp schreien nach einem starken staat und verschärften gesetzen, um ihre schlägertruppen vor dem ach so übermächtigen "chaoten" zu schützen.

sie stemmen sich gegen noch so winzige schritte gegen polizeigewalt(kennzeichnungspflicht/ amnesty international-bericht) und gießen mit dem heraufbeschwören von toten und bürgerkriegsähnlichen zuständen zusätzlich öl ins feuer.

ausgangspunkte unserer aktion sind die unterschiedlichen arten von druck und ausgrenzungen innerhalb einer autoritären gesellschaft nahezu alle lebensbereiche sind von repression betroffen und immer

mehr menschen bekommen diesen druck direkt oder indirekt zu spüren.  
Linksradikele politik dient der infragestellung der herrschenden  
gewaltverhältnisse und ihrer normen und zwänge.

wir wollen nicht:

mitmachen, funktionieren, uns verkaufen und durchsetzen im wettbewerb "survival of the fittest"!

wir wollen

ein selbstbestimmtes leben, frei von kontrolle und überwachung

wir alle sind die unruhe

wir alle sind die revolte

wir alle sind das leben!

hamburg im oktober 2010

autonome gruppen

17.11. Polizeibericht Wittenberge

## Wittenberge: 38 zerstochene Reifen

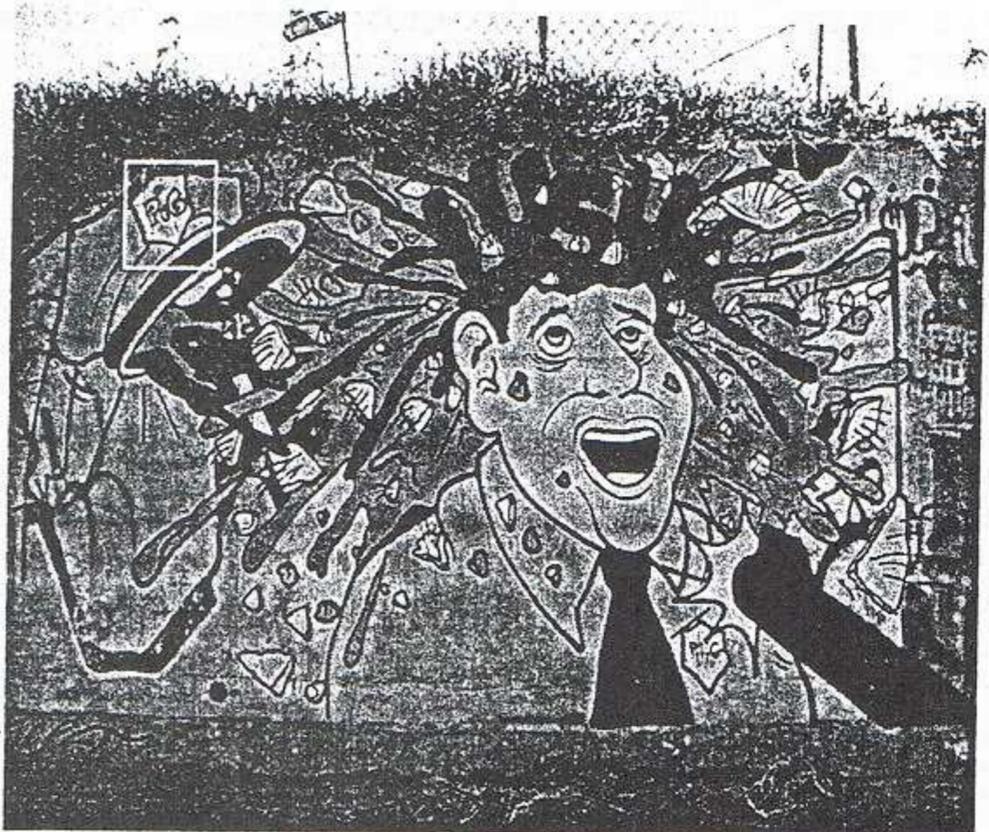
17. November 2010 | 04:29 Uhr

In der Nacht zu Dienstag haben Unbekannte auf dem Parkplatz in der Wittenberger Wilhelm-Külz-Straße insgesamt 38 Reifen von Fahrzeugen des Paketdienstes DHL zerstochen. Weitere Autos waren nicht betroffen. Die Polizei bittet um Hinweise aus der Bevölkerung  
Der entstandene Schaden wird auf mehrere tausend Euro geschätzt.

Pressemeldung Eingabe: 28.10.2010 -  
14:55 Uhr Polizeieinsatz gegen

unangemeldeten Aufzug

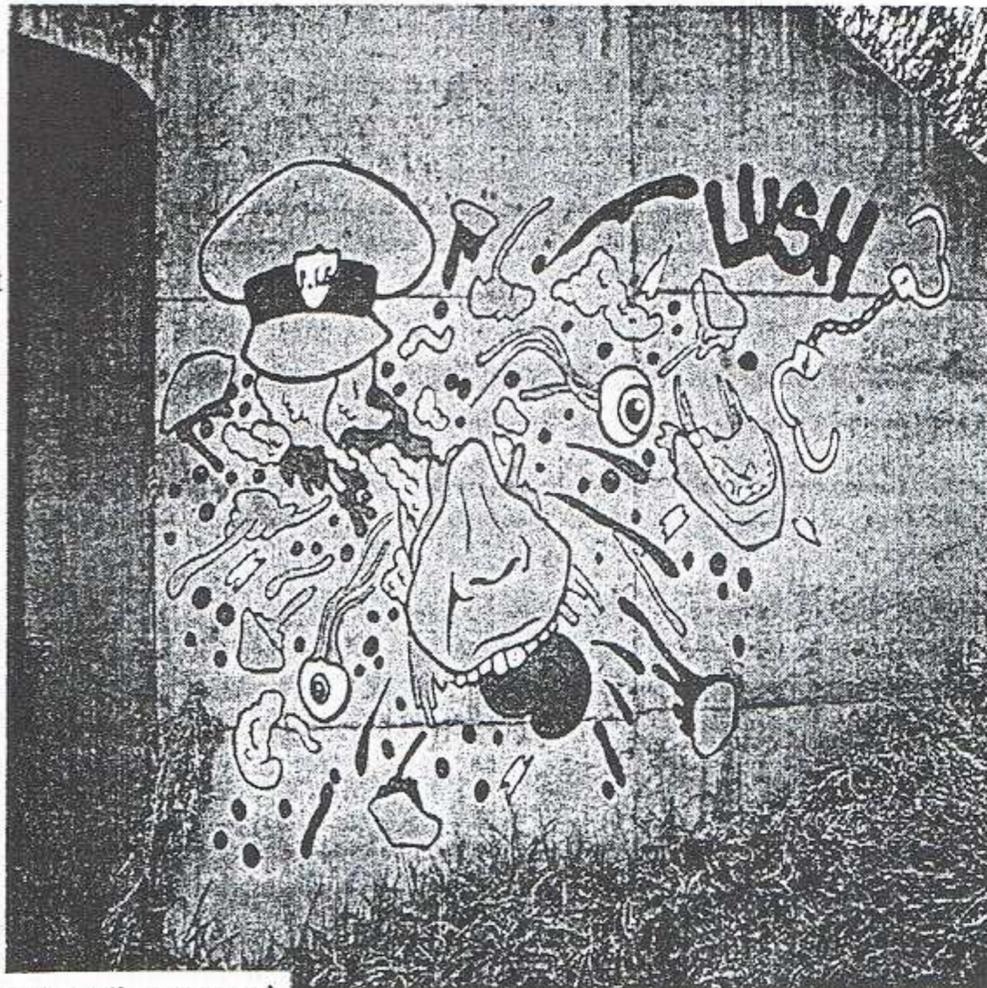
47 Personen hat die Polizei gestern Abend in Kreuzberg nach einer unfriedlichen demonstrativen Aktion wegen Verdachts des Landfriedensbruchs und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz überprüft. Kurz nach 20 Uhr hatten sich etwa 150 zum Teil vermummte Angehörige der linken Szene ohne Anmeldung am Heinrichplatz versammelt und ein Transparent ausgerollt. Ferner brannten sie Feuerwerkskörper ab und zündeten auf ihrem Weg durch die Skalitzer Straße in Richtung Schlesisches Tor den Inhalt eines



Baucontainers an. Die brennende Puppe wurde von der Feuerwehr schnell gelöscht.

Die Polizei, die zunächst mit einer Einsatzhundertschaft am Ort erschienen war, wollte den Aufzug stoppen und Verbindung zu den Veranstaltern aufnehmen. Die Beamten wurden aber sofort mit Steinen und Flaschen beworfen und beleidigt. Dann wichen die Aufzugsteilnehmer in kleineren Gruppen in die Nebenstraßen aus. Die Beamten folgten den Gruppen, wurden dabei erneut massiv mit Flaschen und Steinen beworfen. In der Naunynstraße stoppten die Beamten schließlich eine Gruppe von 47 Personen.

Unbekannt gebliebene Täter haben heute früh in Friedrichshain zwei Einsatzwagen der Polizei mit Kleinpflastersteinen beworfen. Gegen 0 Uhr 30 waren die Beamten in der Grünberger Straße unterwegs, als sie unvermittelt attackiert wurden. Ein Einsatzwagen wurde mehrfach getroffen. Die Polizisten blieben unverletzt, traten jedoch vom Dienst ab. Tatverdächtige konnten bisher nicht ermittelt werden, die Ermittlungen werden wegen gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr geführt.



Willkommen zum Online-Auftritt des 14. Europäischen Polizeikongresses!

Auf dieser Seite finden Sie alle relevanten Informationen zum 14. Europäischen Polizeikongress, der vom 15. bis 16. Februar 2011 in Berlin tagen wird, sowie Rückblicke über die vergangenen Veranstaltungen. Der Kongress wird zum Thema "Migration Integration - Sicherheit in Europa im Wandel" stattfinden.

**TRANSPORTER ANGESTECKT:** Unbekannte haben gestern früh in Friedrichshain einen Transporter der Firma DHL in Brand gesteckt. Sie schoben brennenden Grillanzünder in den Kühlergrill. Eine Zivilstreife entdeckte den qualmenden Wagen in der Thaerstraße und löschte mit einem Feuerlöscher.

## Brandanschlag auf Bundesamt

Einen Brandanschlag auf das Bundesverwaltungsamt haben Unbekannte in der Nacht zu Donnerstag verübt. Passanten hatten gegen 2 Uhr den Brand unter einem Fenster an der Bundesallee bemerkt, die Feuerwehr konnte schnell löschen. Es entstand geringer Sachschaden.

An der Fassade hinterließen die Täter das Kürzel „RAZ“. Das Kürzel steht für „Revolutionäre Aktionszellen“. Diese klandestine Gruppe bekannte sich mittlerweile in einem „Komunique“ zu dem Anschlag. Man habe mit „zwei zeitverzögerten Brandätzen“ ein „demonstratives Signal“ gegen die „Repressions- und Ideologieapparate des Klassenstaates“ gesetzt, hieß es darin. Der Anschlag wird mit den wiederholten Razzien gegen linke Buchläden wegen klandestiner Szenezeitschriften wie *interim*, *radikal* oder *prisma* begründet. Das Bundesverwaltungsamt ist dem Innenministerium angegliedert.

KO

NS-Täter sind keine Opfer!  
Weg mit den "Heldengedenken"!

Wir haben in der Nacht vom 11. auf den 12. November 2010 den Soldatenfriedhof im niedersächsischen Essel (bei Celle) umgestaltet:

- Die Steinsäulen mit eingravierten Ehrenkreuzen sowie den Angaben der Jahreszahlen der beiden deutschen Angriffskriege haben wir mit roter Lackfarbe bedacht.
- Der Gedenkstein mit der Inschrift "Den Toten im Osten" wurde mit Schnellbeton geglättet und neu eingraviert steht dort nun: "NS-Täter sind keine Opfer".
- Die 57 Doppel-Grabsteine haben wir mit pinker Farbe markiert.
- Die Info-Tafel mit dem Schlachtverlauf und der Liste der hier begrabenen Soldaten und ihrer Wehrmachtstitel haben wir mit einem neuen Info-Plakat versehen, auf dem wir folgende Information kundtun:

"Auf dem Waldfriedhof bei Essel treffen sich seit 2007 wieder vermehrt Alt- und Neonazis, um ein sogenanntes "Heldengedenken" zu zelebrieren. Insbesondere am "Volkstrauertag" sowie am darauf folgenden "Totensonntag" versammeln sich in der Lüneburger Heide unter anderem Mitglieder verschiedener faschistischer Organisationen wie der HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS), der OdR (Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger), der neonazistischen "Kameradschaft Celle 73", der "Snevernö-Jungs" und der Frauengruppe "Düütsche Deerns". Sie gedenken den 114 hier im 2. Weltkrieg gefallenen Männern aus Einheiten der Marine, Panzergrenadieren sowie Angehörigen der Waffen -SS und des Reichsarbeitsdienstes (RAD).

Diese Männer blieben in den letzten Kriegstagen nicht zu Hause oder desertierten, sondern bekämpften die vorrückenden Alliierten. Die überwiegend britischen Einheiten hatten unter anderem den Auftrag, den für die Wehrmacht als militärisch wichtig erachteten "Aller-Brückenkopf" einzunehmen, sowie das KZ Bergen-Belsen hzu befreien.

Der Soldatenfriedhof in Essel ist protestlos wieder Wallfahrtsort für Nazis geworden. Der Geschichtsrevisionismus und die NS-Verherrlichung der Nazis wird auch von BewohnerInnen aus der Umgebung mitgetragen.

Mit den "Heldengedenken" und "Gedenkveranstaltungen" verbunden ist eine Verhöhnung von NS-Opfern sowie eine Verharmlosung und Relativierung des NS-Regimes. Diese Veranstaltungen und das damit verknüpfte Denken hat eine Strahlungskraft bis weit in die Gesellschaft. Dem gilt es entschieden entgegenzutreten.

Die Umgestaltung des Soldatenfriedhofs ist unsere Antwort auf die "Gedenkveranstaltungen" zum Volkstrauertag!

Es gibt keine unschuldige Kriegsteilnahme und keine zufällig "Gefallenen"!

inglorious basterds

Die Angriffe auf Quartiersmanagement Büros häufen sich, Erklärungen vom directaction blog,

"Wir haben in der Nacht vom 22. auf den 23. sep. das Quartiersmanagement in der Hobrechtstrasse in Neukölln angegriffen. Wir haben die Scheiben eingeschossen, als Antwort auf ihren Überfall auf die Kundgebung am 18. sep. zum Gedenken an Dennis, der von den Bullen hingerichtet wurde!  
Scherben gegen ihre Repression! Das Quartiersmanagement ist Dreh und Angelpunkt der Befriedungs und Kontrollbestrebungen in Neukölln und somit ist diese Aktion auch als Aufruf an alle zu verstehen, die Innenministerkonferenz im nov. anzugreifen. Rache für Dennis!  
Steine auf Bullenschweine!  
IMK Sabotieren! Kommando Schweinegrill"

"In der Nacht zum 13.09.10 haben wir in der Dresdner Straße in Berlin Kreuzberg die Scheiben vom "Quartiersmanagement" eingehämmert. Das "Quartiersmanagement" ist Wegbereiter der jährlichen Angriffe von Bullen gegen die revolutionären 1. Mai Demonstrationen, Initiator der Securitys auf dem Mayfest, Hauptverantwortlich für die Überwachung der Kreuzberger Bevölkerung durch Kameras und Sicherheitsdienste und damit schuldig am Aufbau und Erhalt des Überwachungsstaates und der Repressionsmaschinerie. Das "Quartiersmanagement" reiht sich damit in die Liste der Firmen ein, die in Zusammenarbeit mit dem Staat und dessen Unterdrückungsorganen, Profit aus der Knechtschaft und Ausbeutung der Gesellschaft ziehen. Mit der Verdrängung sozialer Randgruppen, zum Beispiel der Drogenszene am Kottbusser Tor und der Bereitstellung von Räumen für die Bullen zur Koordination ihrer Einsätze werden Tür und Tor für Gentrifizierung und Vertreibung der unteren sozialen Schichten geöffnet. Wir solidarisieren uns mit den vergangenen Angriffen (<https://directaction.de/ucrony.net/node/776>) auf das "Quartiersmanagement" und allen anderen Firmen die mit gleichen oder ähnlichen Machenschaften an der Zerstörung von Lebens- und Freiräumen Verantwortliche gemacht werden können. Wir möchten jede\_n dazu aufrufen sich im November an der Sabotage und Verhinderung der Innenminister Konferenz in Hamburg zu beteiligen. GEGEN HERRSCHAFT UND UNTERDRÜCKUNG!  
FÜR DAS LEBEN UND DIE ANARCHIE! BULLEN KNECHTEN, IMK VERSENKEN!"

"In der Nacht zum 17. August haben wir in Kreuzberg Einrichtungen der inneren Sicherheit angegriffen. In der Wassertorstrasse zerplatzten die Scheiben vom QUARTIERSMANAGEMENT und der Firma GEGENBAUER. Beides sind Instrumente zur Bekämpfung entstehender sozialer Spannungen und daher der Polizei vorgeschaltet. 1998 wurde das Gebiet am Wassertorplatz als erstes "KRIESENGEBIET" stigmatisiert und mit einem QUARTIERSMANAGEMENT bestraft. Vom Büro des QUARTIERSMANAGEMENT werden 1. Mai Einsätze der Polizei, 1 Euro Jobs für Putzkräfte, Spitzelanwerbungen unter Jugendlichen und die Ausrichtung der sozialen Überwachung nach dem Vorbild britischer Innenstädte koordiniert. Dazu gehört die fast lückenlose Videoüberwachung der Bevölkerung im Wassertorkiez durch die Wohnungsbaugesellschaft GEWOBA. Direkt neben dem QUARTIERSMANAGEMENT haben wir die Firma GEGENBAUER angegriffen. Sie betreibt unter anderem einen Sicherheitsdienst und Logistikaufgaben für die Bundeswehr.

Mit dieser Aktion mobilisieren wir gegen die INNENMINISTERKONFERENZ, die im November in Hamburg stattfindet. Nur mit Polizei und Geheimdiensten können die Innenminister nicht ihre Beschlüsse zur Durchsetzung von Friedhofsruhe in diesem Staat auf den Weg bringen. Sie benötigen Organisationen, die vor der Eingriffsschwelle der Polizei jede Unzufriedenheit und Normabweichung spalten, ausspionieren und isolieren. Eben QUARTIERSMANAGEMENT und WACHSCHUTZFIRMEN!

INNENMINISTERKONFERENZ IN HAMBURG PLATZEN LASSEN!  
<http://no-imk.blogspot.com/>

autonome 36"

"Wir haben in der Nacht zum 25. November Einrichtungen der Sozialen Repression in Neukölln angegriffen. Dabei gingen Rolläden und Scheiben der Quartiersmanagement Büros in der Fontane- und Hobrecht Strasse zu Bruch. An den Fassaden wurden Parolen gesprüht.  
" ...Weil wir hinter dem Projekt von der QM mit der Bezeichnung "integrierte Stadtentwicklung", das von den "Stadterneuerungsgesellschaften" und bzw. vom Staat unterstützt wird, als einziges sehen können, ist systematische staatliche Gewalt durch soziale Kontrolle (Task Force, Sozialarbeiter), Überwachung, Alienation und Repression.  
...weil unsere Nachbarschaft wie alle anderen Nachbarschaften zu Knästen werden.  
...weil wir und unser Leben wie Güter behandelt werden...  
stehen wir gegen jegliche Form der Ausbeutung und antworten wir Bewusst auch mit Gewalt für die Abschaffung eines herrschaftsunterdrückenden Systemes."

Wütende NachbarInnen"

# ZeugInnenaufruf

## zum Samstag, den 10.04.2010 am Heinrichplatz

Der EA-Berlin sucht dringend nach Informationen zum Polizeieinsatz und den Festnahmen im Zusammenhang mit der Besetzung des ehemaligen Cafe Jenseits am 10.04.2010 am Heinrichplatz.

### Was ist geschehen?

Am 10. April 2010 haben Anwohnerinnen und Anwohner die Räume des (ehemaligen) „Café Jenseits“ am Heinrichplatz besetzt, welches aufgrund extremer Mietsteigerung zuvor schließen musste. In der *Presseerklärung* hieß es hierzu:

*„Während die Mieten für Wohnungen explodieren und immer mehr Menschen mit geringen Einkommen den Kiez verlassen müssen, ändert sich auch die Gewerbestruktur. Alteingesessene Betriebe mit Angeboten, die auch für Menschen mit wenig Geld erschwinglich waren, werden zugunsten teurer Geschäfte und Restaurants ausgetauscht“*

Die BesetzerInnen richteten einen Umsonstladen ein, und in den folgenden Stunden versammelten sich zwischen 100-150 Anwohnerinnen und Anwohner am Heinrichplatz, um sich zu informieren, Dampf abzulassen, Federball zu spielen, die Besetzung zu feiern und Dinge für umsonst abzuholen.

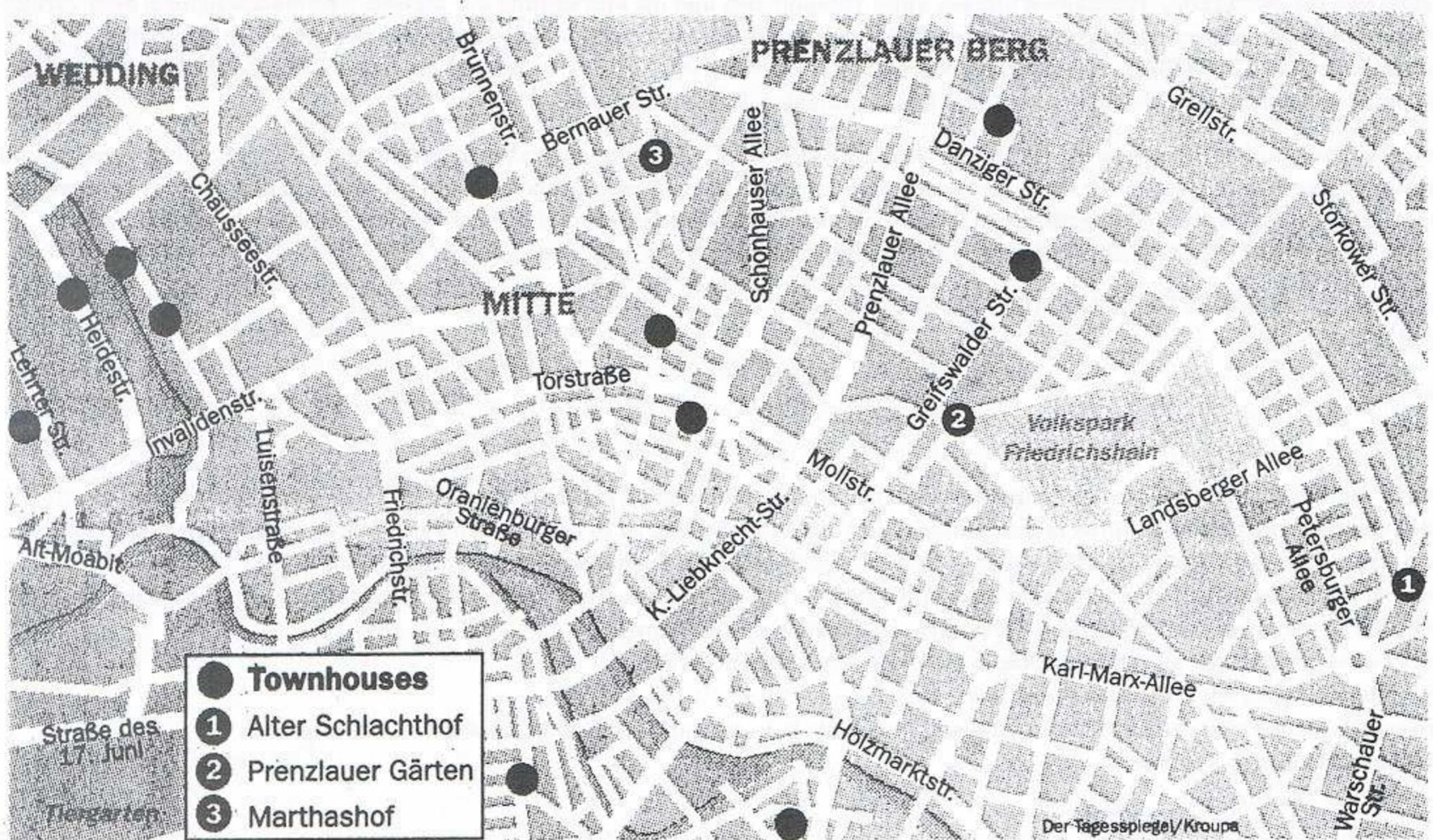
Nachdem sich nun mittlerweile keine Personen mehr in den Räumen aufhielten, kam es zu Übergriffen seitens der Berliner Cops gegen die am Heinrichplatz diskutierende Nachbarschaft. Im Zuge dessen wurden mehrere Menschen verletzt, es kam zu Festnahmen. Einige AnwohnerInnen wurden später auch im weiteren Umfeld des Heinrichplatzes massiv von der Polizei schikaniert und verletzt.

Für die beschriebenen Situationen werden ZeugInnen, Video- und Fotoaufnahmen gesucht, um den Polizeieinsatz zu rekonstruieren und die Betroffenen bei den nun anstehenden Gerichtsverfahren zu unterstützen.

# Solidarität hilft

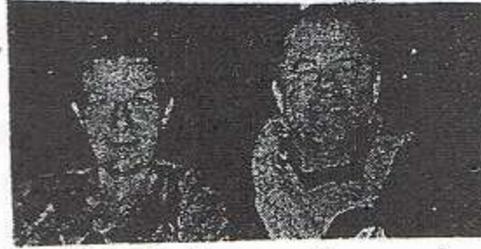
## gegen die neoliberale Stadtumstrukturierung und Polizeigewalt

Bitte meldet Euch beim Berliner Ermittlungsausschuss, Sprechstunde immer Dienstags, 20 - 22 h im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a  
030 - 69 22 222  
ea.berlin@riseup.net



## **Reichenberger Kiez: Watch our Neighbour !**

**In unserem Kiez leben und arbeiten unbehelligt Akteure der Gentrifizierung! Sie zerstören diesen Kiez, sie zerstören andere Kieze! Sie haben Namen, Adressen und Gesichter !**



**In der Reichenberger Str. 113 A unterhalten unter anderem Ralf Großbongardt und Claudia Ostwald ein Büro. In dem Büro „etage3“ koordinieren diese Leute ihre Projekte; zum Beispiel die „Baugruppe Schmollerplatz GbR“. Diese baut im benachbarten Kiez in Alt Treptow 16 Eigentumswohnungen zwischen 80 und 170 m<sup>2</sup> (2000,- € der Quadratmeter). Dafür wurde gegen den Widerstand von Anwohner\_innen eine verwilderte Brache zerstört und alte Obst- und Nußbäume abgeholzt. Das Gelände war nach Recherchen der dortigen Stadtteilgruppe noch nie bebaut worden und als besonderes Biotop bekannt. Durch Projekte wie den Bau von Eigentumswohnungen würden dort Gentrifizierungsprozesse angeheizt und der Mietspiegel angehoben.**

**Ralf Großbongardt, Architekt, hat beim Bau des Bundeskanzleramtes und der Commerzbank in Frankfurt in zentraler Position im Projektmanagement gearbeitet und führt als Geschäftsführer eine entsprechende Firma. Er wirbt mit seinen Erfahrungen im Bereich „Entwicklung von Alt und Neubauten“, die nicht im Interesse einkommensschwacher Mieter\_innen sind. Er will in den Neubau einziehen, während er hier unbehelligt in seinem Büro seine Projekte der Verdrängung fortsetzen möchte.**

**Claudia Ostwald, ebenfalls Architektin, derzeit „Asset Managerin“ im Immobilienfondgeschäft, wird dort ebenfalls einziehen. Auf Ihrer Webseite heißt es: „Von queer bis straight, ob Single, verpartnert oder welcher Lebensentwurf auch immer: Wir wünschen uns eine bunte Mischung und ein gutes Zusammenleben mit Toleranz und Rücksichtnahme und vor allem viel Spaß“. Auf Kosten und Knochen anderer Menschen, die durch diesen „Spaß“ ins Hintertreffen geraten, möchte man hinzufügen.**

**Schluss mit lustig! Ohne Rücksicht auf die Folgen des Kiezes und deren Bewohner\_innen haben sie ihr Projekt durchgezogen. Ihre Gesichter haben sie von ihrer Webseite getilgt; sie fürchten Anfeindungen. Ihr Büro haben sie im Hofdurchgang der Reiche 113A mit einer Kamera versehen lassen. Verständlich. Denn sie sind hier unerwünscht. Hiermit ergeht die Aufforderung das Büro zu schließen und sich zu verpissen ! Das gilt übrigens für alle Mitarbeiter\_innen der „etage3“.**

**Sonst werden die Privatadressen und private Telefonnummern veröffentlicht ! Ralf Großbongardt (0177/3277400 und 695 055 20) fährt einen grauen Saab Cabrio, B-MA-7211. Claudia Ostwald (0179/7752482).**

**Gentrifizierung ist kein lokales Problem!  
Widerstand gegen Mieterhöhungen überall !!!**

# Polizei mit Billardkugeln beworfen

Eigentlich ging es nur um zu laute Musik, doch am Ende hagelte es Farbeier und Billardkugeln. Nach der Beschwerde einer Anwohnerin über zu viel Lärm rückte in der Nacht zu Donnerstag eine ganze Einsatzhundertschaft der Polizei zur Liebigstraße in Friedrichshain aus. An der Ecke Rigaer Straße drang gegen 22 Uhr Musik aus einer alternativen Szenekneipe im Erdgeschoss. Als Polizisten vor dem Haus eintrafen, um Kontakt zu den Verantwortlichen aufzunehmen, schlugen einige Personen die Eingangstür zu und klemmten eine Polizistin ein.

Mit einer Brechstange mussten Beamte der hinzugezogenen Einsatzhundertschaft ihre Kollegin befreien, während von innen weiter gegen die Tür gedrückt wurde. Um 23.45 Uhr war der Lärm immer noch zu laut und die Türen verbarrikiert. Plötzlich flogen Steine, Farbeier und Billardkugeln auf die Beamten vor dem Gebäude, mehrere Einsatzfahrzeuge wurden getroffen. Da weitere Gesprächsversuche mit den Bewohnern erfolglos waren, besorgten sich die Einsatzkräfte einen richterlichen Durchsuchungsbeschluss für das Lokal. Mit einem Trennschleifer öffneten sie kurz nach 3 Uhr ein von innen mit Metall und Möbeln verbarrikiertes Fenster. Anschließend wurden Dutzende Lautsprecherboxen, Trommeln, Mischpulte, Abspielgeräte und E-Gitarren beschlagnahmt. Tatverdächtige konnte die Polizei im Gebäude nicht finden. Vor dem Haus wurden lediglich die Personalien von 16 „mutmaßlichen Unterstützern“ aufgenommen. Beim Abtransport des konfiszierten Inventars bewarfen Vermummte aus dem Haus heraus erneut Polizisten und Einsatzfahrzeuge mit Steinen, Flaschen und Farbeiern. Vier Beamte wurden leicht verletzt. Jetzt laufen Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Sachbeschädigung. In den letzten Monaten hatte es oft nächtliche Auseinandersetzungen vor dem Gebäude gegeben. Tsp

Am Abend des 13. Oktober verschaffte sich die Polizei gewaltsam Zutritt in die Vereinsräume des XB. Sie entwendeten Technik und Musikinstrumente. Es gab Widerstand gegen diesen Einsatz aber weder eine spontane Mobilisierung noch eine andere angemessene Antwort.

Danach entbrannte auf indymedia die übliche Schlamm-schlacht. Seit einiger Zeit folgt jeder Bullenaktion gegen eine Party oder ein Projekt Kritik an den Leuten, die etwas gegen die Bullen unternehmen und Kritik von anderen dass nicht hart genug auf solche Angriffe reagiert würde.

Bei allen gestürmten Partys traf die Behauptung, dass Provokationen von eigenen Leuten auf der Strasse den Einsatz auslösen nicht zu.

Es stellt sich daher die Frage ob Projekte wie das XB/Liebig 34 überhaupt Unterstützung bei Bullenan-griffen wünschen - die Stellungnahmen aus dieser Richtung deuten eher auf das Gegenteil hin.

Wir haben oft flexibel auf das Vorgehen der Polizei re- agiert, so auch am 13. Oktober. Dabei sehen wir in dem Kampf um Freiräume keinen Stellvertreterkonflikt in dem die Projekte instrumentalisiert werden. Strukturen, die sich mit der Anwesenheit der Polizei direkt an ihrer Haus- tür abgefunden haben und sich alles gefallen lassen, müssen nicht von Aussen verteidigt werden.

Solange es keine gegenteilige Stellungnahme der Liebig 34 gibt, gehen wir davon aus das dort kein Widerstand mehr erwünscht ist.

Eine Diskussion zu diesem Thema könnte den weiteren Rück- zug aus der Öffentlichkeit und das Vergraulen von Aktivist\_innen bremsen und Desaster wie das Strassenfest im Sommer vermeiden.

Freitag, 3.12.2010, 19:30 Uhr:

## Opfer, Helden, Mythen

mit dem Büro für antimilitaristische Maßnahmen (DFG-VK)

Freitag, 28.1.2011, 19:30 Uhr:

## Internationalismus im 21. Jahrhundert?

mit dem Kurdistan Solidaritätskomitee Berlin

**Ort:** Familiengarten, Oranienstraße 34, Kreuzberg, U-Kottbusser Tor

veranstaltet von Libertad! und BAMB

10

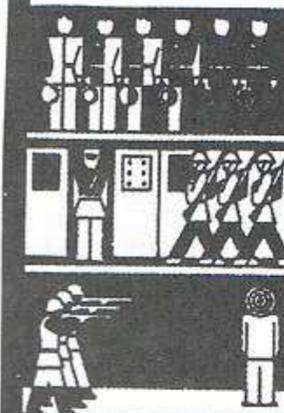
## Antimilitaristische internationalistische Abende

Ort: Familiengarten  
Oranienstraße 34  
Kreuzberg

| Das andere  
Afghanistan

| Opfer, Helden,  
Mythen

| Internationalismus  
im 21. Jahrhundert?



## Castor!Schottern?

Gedanken einiger autonomer Gruppen zu Castor?Schottern!

Mit Freude und gleichzeitiger Skepsis beobachten wir, einige autonome Gruppen, seit Monaten die Kampagne „Castor?Schottern!“. Diese Initiative - hauptsächlich getragen aus Gruppen der Interventionistischen Linken (IL) und verschiedenen Anti-AKW- und Umweltaktivistinnen - setzt sich zum Ziel, wie in z. B. in Heiligendamm, einen breiten Widerstand auf die Beine zu stellen. Die Idee hat ihren Reiz: zu gemeinsamen Sabotageaktionen aufzurufen und dabei über die breite Beteiligung einen Status Quo herzustellen, der es Polizei und Justiz schwer macht, alle zu kriminalisieren, die sich der Aktion auch nur verbal anschließen. Wir, als Autonome Atomkraftgegnerinnen, fühlen uns da gerne angesprochen und freuen uns über die explizite Einladung daran teilzunehmen. Die Großaktion soll ein breiter Zusammenschluss von vielen unterschiedlichen Leuten werden, die in direkter Aktion Staat und Wirtschaft bei ihrem dreckigen Atomkonsens in die Suppe spucken wollen.

### Freude

Der Aufruf Castor?Schottern! verspricht mehr als z.B. BlockG8 während des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm. Damals durfte nach dem Kampagnenkonzept nicht am Sicherheitszaun gerüttelt werden und das wurde von den Organisatorinnen des G8-Bündnisses auch durchgesetzt. Beim diesjährigen Castor soll in einer Massenaktion die Strecke zwischen Lüneburg und Dannenberg für den Castortransport unbefahrbar gemacht werden. Das finden wir ein richtiges Ziel, denn vor den Schienen stehen zu bleiben und dort laut seinem Unmut Ausdruck zu geben ist zwar wichtig, aber auch frustrierend und wenig effektiv. Die Aktion nimmt ein Mittel auf, dass sich im Wendland bereits bewährt hat, das Schottern. Die Aktionsform ist das erprobte Fünf-Finger-Prinzip - tausende Menschen versuchen zusammen auf die Schienen zu kommen, dort soviel Schotter wie möglich zu entfernen und mit verschiedenen Mitteln die Strecke unbefahrbar zu machen. Alle sind eingeladen mitzumachen, ob Autonome, Bäuerin, Anarchistin oder Umweltaktivistin. Ein gewagtes Projekt, denn bislang haben im Wendland die unterschiedlichen Spektren ihre Aktionen nebeneinander durchgeführt. Das Gemeinsame bestand darin, sich gegenseitig zu akzeptieren und nicht in die Quere zu kommen, also vielfältig die verschiedenen Widerstandsformen nebeneinander stattfinden zu lassen: hier wird gesungen, dort widersetzt, hier Barris gebaut, die von anderen angezündet werden, dort Eier oder Steine geworfen und das alles, ohne, dass es in den vergangenen Jahren innerhalb der Wendländischen- oder Anti-AKW-Protestbewegung zu nachhaltigen Zerwürfnissen gekommen wäre. Diese Akzeptanz und der gegenseitige Respekt wurde in mehr als 30 Jahren Widerstand im Wendland miteinander erstritten (ja, ja, es gibt auch Ausnahmen). Auch dieses Jahr gibt es unterschiedliche Aktionen: WiderSetzen, Xtausend Quer, die Bauern, etc. Mit Castor?Schottern! wird nun versucht viele Menschen, mit unterschiedlicher praktischer Erfahrung und mit unterschiedlichen Widerstandsformen zusammenzuführen. Autonome neben sogenannten Gewaltfreien - hört sich spannend an und wir hoffen auf Solidarität und gegenseitigen Respekt.

Laut Aktionskonsens „... werden wir gemeinsam Polizeiabsperungen überwinden, umgehen oder durch sie hindurchfließen. [...] Ziel ist es, die Schiene unbrauchbar zu machen, und nicht, die Polizei anzugreifen.“ Da können wir uns drunter setzen, denn die kaputte Schiene ist das Ziel der Aktion. Die Frage ist und bleibt, was tun, wenn die Bullen angreifen – und „Aktion des zivilen Ungehorsams“ hin und „gewaltfreie Aktion“ her: die Bullen werden uns angreifen und das nicht zimperlich – sondern mit Schlagstock, Pfefferspray und Wasserwerfer. Denn die Situation im Wendland ist eine andere als beispielsweise bei der Massenaktion in Heiligendamm. Dort führten politische Entscheidungen und Ausweichrouten für Delegationen zu einem gemäßigten Bulleneinsatz bei der BlockG8-Großaktionen. Im Wendland gibt es keine Ausweichstrecke und die politische Entscheidung über Castor Transporte sind von CDUSPDFDPGRÜNE in ihren jeweiligen Legislaturperioden gefällt worden und werden bis heute so vertreten. Der Transport wird durchgeprügelt werden - bleibt also die Frage nach der Verteidigung.

Castor?Schottern! gibt die Parole raus: eine Abwehr von anrückenden Polizeikräften ist durchaus erwünscht, „damit genug Zeit auf der Schiene bleibt, um die Strecke tatsächlich unbefahrbar zu machen.“ Auch der Einsatz von Mitteln, die gemeinhin nicht als „gewaltfrei“ gelten sind ausdrücklich erwünscht: wie Schutzkleidung, Polster, Luftmatratzen, Transpis, etc, solange die Grundidee hierdurch nicht torpediert wird und selbstverständlich nicht andere Teilnehmerinnen der Aktion gefährdet werden. Finden wir auch, also daher an alle Ungestümen: keine Steinwürfe aus der 30. Reihe, die nur die eigenen Leute treffen! Der Einsatz von Verteidigungsmitteln muss überlegt und taktisch eingesetzt werden, ob nun Polster, Steine oder Pfefferspray.

Erfreulich ist auch, dass das Bündnis Castor?Schottern! sich für Solidarität ausgesprochen hat: Jede, die von den Bullen verfolgt wird, wird Schutz in den Reihen der Großaktion finden, ob es nun jemand ist, der an einer Sitzblockade teilnimmt, zehn Tonnen Schotter wegschafft oder mit taktischen Steinwürfen eine Blockade oder „Castor?Schottern!“ unterstützt. Das war bei vergangenen gemeinsamen Aktionen wie etwa beim Klimagipfel im Kopenhagen nicht immer so. Solidarisches Verhalten untereinander ist aber für uns eine Voraussetzung, gemeinsam Aktionen zu gestalten.

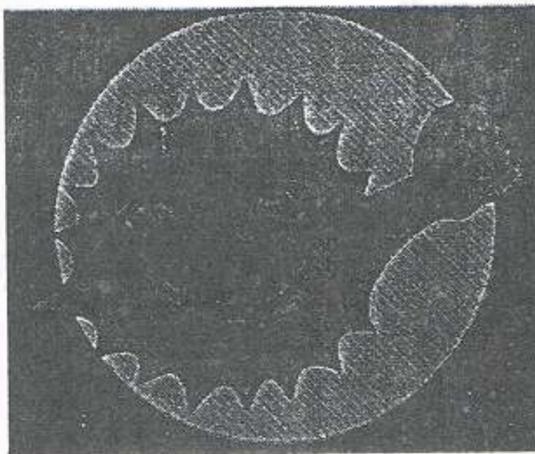
### Skepsis

Bislang hat der Widerstand im Wendland auch ohne große Unterstützung von Prommi- oder Politprominenz jährlich eine Menge auf die Beine gestellt. Gerade weil der Widerstand selbstorganisiert ist, sind Autonome Gruppen seit Jahrzehnten Teil davon. Ohne eine zentrale Großorganisation haben die unterschiedlichen Basisinitiativen im Wendland und aus der Anti-AKW-Bewegung jahrzehntelang den Protest auf dem regelmäßig stattfindenden „Ratschlag“ gemeinsam organisiert. Wir befürchten durchaus, dass sogenannte Bewegungsmanagerinnen diese basisdemokratische Struktur ins Wanken bringen und dass der Widerstand im Wendland nach den Gipfelprotesten für sie eine neue Spielwiese ist, bei der sie ihre eigenen Spielregeln durchsetzen wollen. Wir fragen uns auch, welchen politischen Sinn die Castor?Schottern!-Großaktion hat, wenn sie sich darauf stützt, dass sich möglichst viele prominente Vertreterinnen von Parteien und öffentlichem Leben der Idee anschließen. Die Erfahrung hat mehr als einmal gezeigt, dass diejenigen, die sich (aus rein populistischen Beweggründen) den Basisbewegungen aufdrängen, diese nach erfolgter Machtbeteiligung klein reden, sich distanzieren und weiteren Widerstand unterbinden und befrieden wollen. Der Einsicht, dass dem so ist, wurde bei der aktuellen Kampagne auf Drängen von Anti-Atom-Initiativen zumindest dahingehend Rechnung getragen, dass die Parteien „Die Grünen“ und die „SPD“ von der Unterstützung der Aktion ausgeschlossen sind. Warum ausgerechnet die „erlaubte“ Unterstützerinnenpartei „Die Linke“ es in Zukunft anders machen sollte, bleibt das Geheimnis des Vorbereitungskreises.

Distanzierungen kamen in der Vergangenheit aber nicht nur von der Prominenz, sondern auch von den Sprecherinnen der Großaktionen, nämlich dann, wenn Menschen sich nicht mehr an die Anweisungen der Aktionsordnerinnen halten, sondern ihr Schicksal selbstbestimmt in die Hände nehmen. Weil sie dann vielleicht doch einen Stein oder Farbeier auf Wasserwerfer schmeißen, der tausende von Litern Wasser-Gas-Mischung auf umstehende Mitstreiterinnen richtet. Weil sie dann doch einen Bullen-Wagen am Weiterfahren hindern, der gerade Nachschub an gepanzerten Robo-Cops bringt. Die Wut und Entschlossenheit, sich dem Atomstaat in all seinen Facetten entgegenzustellen und auch diejenigen offensiv anzugreifen, die den Transport mit aller Gewalt durchsetzen, ist bei vielen Aktivistinnen mit jedem weiteren Castortransport nicht kleiner geworden.

### Und nu?

Was bleibt, ist die Frage, ob es trotzdem Sinn macht, sich als Autonome Gruppe an der Aktion zu beteiligen. Viele Autonome Gruppen bejahen dies, weil das Ziel das Richtige ist und der Aktionskonsens deutlich macht, dass dieses Ziel auch mit verschiedenen Mitteln erreicht werden soll. Der Aktionsrahmen sieht vor, sich entschlossen und selbstbewusst gegen die Staatsbüttel zu verteidigen - was der ganzen Aktion eine reale Chance gibt. Außerfrage steht aber, dass es an der Schiene heftig wird. Diese Aktion wird nicht „gewaltfrei“ ablaufen. Fernsehbilder werden durch Bullenknüppel blutig geschlagene Nasen, durch Pfefferspray gerötete



Augen senden, von „autonomen Gewalttätern“ schwafeln und auch den ein oder anderen verletzten Polizisten vor die Kamera bringen. Hoffentlich senden sie auch die Bilder von Menschen, die mit Matratzen, Transpis, Tritten, Steinen und Fäusten die Bullen entschlossen aufhalten, Menschen die tonnenweise Schottersteine entfernen und dem Atomstaat somit seine Grenzen aufzeigen. Und auch von Menschen, die zu ihrer Selbstverteidigung die Bullen auf Distanz halten, damit wirklich kein Schotter übrig bleibt. Ob sich die Kampagne Castor?Schottern! im Nachhinein von diesen Bildern distanziert, wird sich zeigen. Wir hoffen nicht – denn gemeinsam ist gewollt und nur gemeinsam „rocken wir them übelst“.

Einige Autonome Gruppen

## **Brüssel, No border und die Anarchistische Bewegung**

Die anarchistische Bewegung in Belgien stand dem No Bordercamp zunächst differenziert gegenüber. Sie hat sich in den letzten Jahren schwerpunktmäßig mit den Themen Knast, Abschiebung und den migrantischen Vierteln von Brüssel befasst und betrachtet die „Eventpolitik“ der traditionellen Antiraszene kritisch. Trotzdem wurde das Camp als Möglichkeit eingeschätzt, zu einer Vernetzung und damit einer Stärkung der Bewegung in Europa zu gelangen. Dieser Text berichtet nicht vom Camp sondern vom Agieren der Anarchist\_Innen/Autonomen, des „Black Block“, in diesem Zeitraum.

Der Text soll nicht als Kritik verstanden werden, sondern als Analyseversuch.

Am Sonntag (26.09.2010) fand die erste Demonstration während des No Bordercamps statt. Anlass war der Tod von Semira Adamus, die am 22.09.1998 von der Polizei im Rahmen des 6. Abschiebeprozesses mit einem Kissen erstickt wurde. Seit diesem Tag findet jedes Jahr eine Gedenkaktion beim Abschiebeknast Steenokkerzeel statt, bei der auch den dort inhaftierten Menschen die Solidarität ausgedrückt wird.

Bei dieser Demo wurden alle Teilnehmer\_Innen zunächst eingekesselt und durchsucht sowie abgefilmt. Später wurden bei Angriffen mit Pferden viele verletzt und 16 Menschen festgenommen. Hiermit kündigte sich die Gangart der belgischen Polizei an, die wirklich jede Außenwirkung linksradikaler/anarchistischer Gruppen unterdrücken wollte. Der Einsatz am 26.09.2010 ging nicht auf irgendeine Straftat der Leute zurück.

Am Mittwoch (29.09.2010) startete eine Gewerkschaftsdemo mit hunderttausenden Menschen vom Gare Midi. Es gab Blöcke von Bergarbeiter\_Innen und Stahlarbeiter\_Innen bei denen wir uns dachten, wenn die sich mal der Kontrolle ihrer Kader entziehen würden... da hätte wohl jede Polizei ein Problem... .

Doch bis auf sinnlos verwendete Rauchtöpfe, Bengalos und Böller, die einfach so in der Demo fallen gelassen wurden, ging von diesen Blöcken nichts aus. Die Polizei reagierte dabei gar nicht.

Aber es gab auch ziemlich gruselige Blöcke, etwa von der GdP oder von Euromil.

Nach einiger Zeit formierte sich auch ein „schwarzer Block“, der versuchte sich der Demo anzuschließen. Er wurde von Anfang an bedrängt, es wurden Transparente weggerissen wegen Anarchiezeichen und bereits beim Verlassen des Camps wurde ein großer Teil weggehakt.

Nach ca. 500m, am Hallepoort, hatten Riotcops den Block gestoppt und begannen zu kesseln. Bis zu diesem Moment war alles friedlich. Die Bullen boten ungefähr 200 Stück auf, etwa soviel wie der Black Block auch. Das Zusammentreiben verlief brutal und beschränkte sich nicht nur auf vermeintliche „Schwarze“ sondern schloss auch Sambaband und Gewerkschafter\_Innen mit ein.

Befreiungsversuche waren anfangs noch durchaus erfolgreich, die Bullen waren nicht wirklich fit. Dann fingen aber Zivibullen, die sich zu einem Mob von ca. 40 zusammengerottet hatten, an mit Telis wie wild um sich zu kloppen. Die Menschen um sie herum sackten dabei reihenweise mit Kopfverletzungen zusammen. Dabei ist es egal ob Alter Opi oder kleines Kind, egal ob Hippie oder Gewerkschafter\_In, die gerade einen ausgebüxten Black Blockler den Bullen übergeben will... alles wurde niedergemacht.

Die Zivis sprühten sich dann noch gegenseitig und alle umstehenden mit Pfeffer ab, dann stand der Kessel. Inzwischen flogen vielleicht 5-10 Steine und Flaschen auf die Bullen, was aber angesichts der Festgenommenen dazwischen nicht besonders clever war.

Die belgische Szene schien von der Taktik ziemlich überrascht. Die Zivis waren uns als leicht zu erkennende Beobachter beschrieben worden, die nur am Rand stehen. Ihr Auftreten an diesem Tag entsprach aber eher dem Gegenteil.

Am Rande kam es zu regelrechten Jagdszenen von Zivimobs auf vermeintliche Mitglieder des „schwarzen Blocks“, wobei die Bullen auch noch von Gewerkschafter\_Innen unterstützt wurden. Die Demo wurde von den Veranstalter\_Innen dabei immer wieder vorangetrieben um eine Solidarisierung mit den Gekesselten zu verhindern. Von Ausnahmen abgesehen vermittelten die Gewerkschafter\_Innen eher das Bild von faschistoiden Hilfsbullen.

Etwa zur gleichen Zeit wurde ein Treffen blockiert, an dem unter anderem der Migrationsminister und der Vizeboss von Frontex teilnahmen. Die Eingangstür wurde blockiert.

Nach ca. 30 Minuten fingen die Bullen an die Leute einzeln festzunehmen. Letztendlich wurden nicht nur die mutigen Blockierer\_Innen alle festgenommen, sondern es erwischte genauso umstehende Passanten, die mit der ganzen Sache überhaupt nichts zu tun hatten.

Alle weiteren geplanten Aktionen an dem Tag sind entweder abgebrochen worden, da das Vorgehen der Bullen eine neue Qualität erreicht hatte.

Insgesamt wurden an diesem Tag mindestens 300 Personen festgenommen.

Am selben Tag kam es in Barcelona bei einer ähnlichen Demo zum Schlagabtausch, den die Bullen nicht gewannen. Dort waren auch nicht mehr Autonome/Ocupas/Anarchas beteiligt als in Brüssel, jedoch waren diese nicht so isoliert vom Rest der Demonstration. Die Bewegung in Belgien ist sehr kompromisslos im Umgang mit anderen „Linken“. Es gibt keine Bündnisdemonstrationen. Die 300 Menschen, die in Belgien zur anarchistischen Bewegung gezählt werden, machen ihre Demos allein.

Die Begründungen dafür sind nachvollziehbar, bei größeren Ereignissen besteht aber kaum ein Handlungsspielraum. Schwarze Blöcke brauchen Unterstürzer\_Innen um zur Geltung zu kommen. Wo keine Solidarität von anderen kommt und sei es nur als „Deckungsmasse“, ist der Block den heutigen Polizeitaktiken nicht gewachsen, was man sehr schön in Kopenhagen im Dezember 2009 sehen konnte.

An dieser Stelle müsste der Sinn von militanten Auftritten genauer definiert werden. Ist es verantwortbar für das Mitlaufen in einer friedlichen Demonstration mit 70% Festnahmen zu bezahlen? Wohlgermerkt ohne wenigstens den ersten Stein geworfen zu haben. Oder ist der Preis einer begrenzten Bündnispolitik zu hoch, wenn dafür Riots möglich sind, wie am gleichen Tag in Barcelona? Denn die Bewegung in Barcelona ist nicht stärker sondern lediglich weniger isoliert.

Der Behauptung isoliert zu sein werden die Genoss\_Innen in Belgien widersprechen, sie sind es auch nur in Bezug auf die „Linke“. Stattdessen haben sie einen großen Bezug zu migrantischen Stadtteilen, mit dem sie uns in Deutschland weit voraus sind. Der gemeinsame Kampf gegen Knast, Abschiebung und Polizei ist hier greifbar. Die jahrelange Arbeit in und mit den „Ghettos“ von Brüssel sollte in einer gemeinsamen Demonstration sichtbar werden.

Am Freitag (01.10.2010) sollte es vom Gare Midi durch das Krisenviertel in Anderlecht und Saint-Gilles gehen. Dafür wurde massiv in den migrantischen Communitys mobilisiert; jedoch gab es kaum Versuche die belgische „Linke“ zu mobilisieren. Nach dem Polizeieinsatz vom Mittwoch bei der Gewerkschaftsdemo war die Einschätzung, dass die Bullen diese Demo nicht zulassen werden. Ein Rücktritt hätte jedoch bedeutet, für diejenigen, die man mit der Mobilisierung erreichen wollte unsichtbar zu sein und viel Vertrauen, dass man sich lange erarbeitet hatte, wieder zu verlieren. Das Ziel war es nicht eine mehr oder weniger klandestine Randalie in einer Einkaufsstraße zu organisieren sondern ein Aufzug durch die unruhigen Viertel, an dem sich die prekarierte und verstoßene Bevölkerung beteiligen kann. Die Bewegung wollte dort Gesicht zeigen, wo Polizeigewalt und spontane Aufstände regelmäßig stattfinden. So sind in der Vergangenheit mindestens zwei Polizeistationen, nach der Intervention, aufgebracht Anwohner\_Innen, nicht wieder aufgebaut worden.

So endete auch dieser Demonstrationsversuch mit Festnahmen beim Verlassen des Camps und am Auftaktort Gare Midi, insgesamt ca. 180 Menschen.

Die Demo fand nicht statt, das Polizeiaufgebot war erdrückend. Trotz monatelanger Mobilisierung konnten nicht genug Leute gezogen werden um etwas entgegengesetzt zu können.

Es gab danach den Versuch sich am Haalepoort zu treffen um von dort eine Sponti zu starten. Obwohl dieser Termin nicht öffentlich war, gabs hier erneut Massenfestnahmen. Die Bullen wussten wohl Bescheid, entweder weil sie sich einfach an größere Gruppen dran gehängt haben oder durch unsichere Kommunikation. So wenig wie Gare Midi als Startort für eine angekündigte und bedrohte Demo geeignet ist, war Haalepoort für eine Sponti geeignet. Der Platz am Gare Midi ist riesig, für Bullen super befahrbar, keine Fluchtmöglichkeiten... eigentlich Feindesland.

Haalepoort ist nah dran, zwar am Rande zu Saint-Gilles aber schwer sich verdeckt zu sammeln.

Beide Pläne wären an geeigneten Orten besser zu realisieren gewesen. Auch hier stellt sich die Frage, ob das politische Ziel, an einem bestimmten Ort sichtbar zu sein, Vorrang haben sollte vor einem etwas sichereren Auftritt in einer anderen Gegend.

Nach der gescheiterten Sponti wurde in unmittelbarer Nähe, zwischen beiden Anlaufpunkten und bei hohem Bullenaufkommen eine Polizeistation angegriffen. Danach gab es erneute Verhaftungen von Leuten, die irgendwie „links“ aussahen. So begrüßenswert Angriffe auf Bullenstationen auch sind, manchmal sind Ziele besser in einem Gebiet in dem nicht Menschen unterwegs sind, die dort hin mobilisiert wurden.

Die internationale Mobilisierung für diesen Tag verlief unglücklich. So klar das hier was gehen soll war die Ankündigung zumindest in Deutschland nicht viele hatten auch der absehbaren Enttäuschung in Bremen am nächsten Tag den Vorrang gegeben. Auch aus den Niederlanden wären mehr Aktivist\_Innen gekommen, wenn sie nicht zur gleichen Zeit mit den Amsterdamer Bullen gemacht hätten, was in Brüssel gepasst hätte. Vielleicht lassen sich in Zukunft solche Terminüberschneidungen vermeiden.

Die anarchistische Bewegung in Belgien hat in den letzten Jahren dort Kontakte knüpfen können, wo die Unzufriedenheit über die bestehenden Verhältnisse am ehesten explodieren könnten, in den Knästen, bei von Abschiebung betroffenen Menschen, in den Krisenvierteln, bei Jugendlichen die keine Perspektive sehen. Daraus ist bis jetzt aber kein gemeinsamer, organisierter Kampf geworden, der offen auf der Straße geführt wird.

Durch das vorbildliche Outen von Firmen, die am Knast- und Abschiebesystem profitieren, werden diese beständig angegriffen. Aber auch andere Konflikte wie z.B. die neuen Zugangskontrollen in Metrostationen werden nicht nur von der Szene militant bearbeitet.

Um sich auf großen Demonstrationen oder bei eigenen Sachen gegen die Bullen zu behaupten, fehlt jedoch die Masse. Die belgische Polizei (wie jede andere) unterdrückt jegliche Meinungsäußerung, die die Gewerkschaften links überholt. Ein echter Polizeistaat eben! So werden auch viele der Festnahmen während des No Bordercamps in der Presse offen als „Präventive Maßnahmen“ bezeichnet.

Gemeinsam gegen Alle Staaten!!!

1 4

# **Solidarität mit den Verhafteten in Belgien, nach einem Angriff auf eine Polizeistation**

Als Teil eines andauernden Kampfes gegen Knäste und die Errichtung eines neuen Abschiebeknastes im speziellen, riefen AnarchistInnen zu einer offensiven Demonstration gegen Grenzen und alle Formen von Knästen auf am 1. Oktober. Diese wurde blockiert von einer massiven Polizeipräsenz und Verhaftungen. Vier Personen befinden sich im Moment im Knast, in Erwartung des Prozesses. Ihnen wird vorgeworfen an einem Angriff gegen eine Polizeiwache durch eine Gruppe von Personen teilgenommen zu haben. Hier die Übersetzung eines aktuellen Posters.

## **Solidarität mit den Beschuldigten eines Angriff auf eine Polizeiwache in Brüssel**

Am Freitag, den 1. Oktober, fand in der Nähe der South Station eine lebhafte Demonstration gegen Abschiebelager, Knäste, Grenzen und den Staat statt. Dieser Staat war nicht erfreut über diese Initiative und belagerte die Umgebung. Die Polizei kontrollierte, durchsuchte und nahm eine große Zahl von Personen in Gewahrsam im Umfeld des Bahnhofs; in Anderlecht, ein nahegelegenes beliebtes Viertel, patrouillierte die Polizei mit Maschinengewehren an strategisch vorteilhaft Plätzen und etliche Einheiten der Bereitschaftspolizei standen bereit um die beiden Knäste von Brüssel zu bewachen, in Forest und Saint-Gilles. Für die Hälfte des Brüsseler Stadtgebietes wurde das Verbot bekanntgegeben sich mit mehr als fünf Personen zu sammeln, durchgesetzt wurde dies durch Zivil- und Bereitschaftspolizei. Einige Stunden nachdem die Demonstration stattfinden sollte attackierten Dutzende von Personen die Polizeistation von Marolles, ein paar Blöcke vom Bahnhof entfernt. Die Polizeiwache und zahlreiche Polizeifahrzeuge wurden zerstört, zwei Polizeibeamte wurden verletzt. Vier Personen wurden verhaftet in der Umgebung einige Zeit später und sind nun beschuldigt an dem Angriff beteiligt gewesen zu sein. Sie befinden sich im Knast von Forst eingesperrt und warten auf den Prozess.

Wir unterstützen den Angriff, für den sie beschuldigt sind, vollkommen, und sehen ihn als einen folgerichtigen Akt, in dem wir uns wiedererkennen. Nicht nur, weil wir immer gegen die Polizei sein werden, sondern weil dieser Angriff Teil einer Spannung ist, die seit langer Zeit präsent ist in Brüssel, in welcher die Leute ihre Wut mehr und mehr gegen das richten was sie versucht zu brechen. Gegen das was sie ausbeutet, kontrolliert und einsperrt. Eine Spannung, die auch greifbar ist, nicht nur zuletzt in den Knästen und Abschiebelagern in ganz Belgien. Der Kampf der letzten Jahre gegen Abschiebelager und Knäste und die Demonstration vom 1. Oktober sind auch Teil der Spannung diese Art und Weise. Und wir werden dies nicht vergessen in unserer Solidarität mit denen, die uns vom Staat weggenommen wurden. Am 1. Oktober waren viele Menschen bereit sich die Strasse zu nehmen für das an was sie glauben, oder um wenigstens gegen das zu kämpfen, was ihr Träume unmöglich macht. Und sie werden dies auch weiterhin tun. Wir werden dies auch weiterhin tun.

Weil es unsere Träume sind, die den Kampf, den wir kämpfen, formen. Es sind unsere Träume, die die eingesperrten GenossInnen aus der ihnen auferlegten Isolation herauszerren.

Für nichts anderes als eine Welt ohne Knäste oder Abschiebelager. Für nichts anderes als einen grenzenlosen Kampf gegen alles, was es, hier und jetzt, unmöglich macht Freiheit zu schmecken.

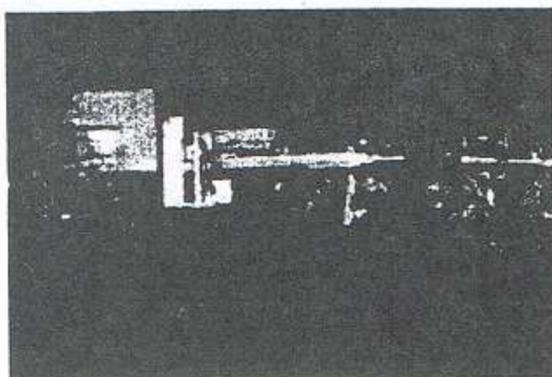
Für die Anarchie

*What follows is an overview of agitation in Belgium over the last month. As it is only the part which makes it to the mainstream or alternative media, our aim is not to be representative, but more to show that the social tension manifests itself on different spheres.*

**Prison resistance** – In the first 2 weeks of August, guards of Hasselt prison are attacked three times. In the same period, tension rises in the deportation prison of Vottem. Prison guards are verbally and physically attacked; on 16/08, a guard is carved in the face with a sharp object. On 18/08 the prison director of Lantin is taken hostage in an attempted escape. On 19/08, a prisoner of Leuven fights back against being put in isolation and hurts two guards. When police intervene, a riot breaks out. One policeman gets wounded. On 28/08, in the juvenile prison of Tongeren, a guard is smashed to the ground with a chair and transferred to the isolation module of Brugge. On 21/09, two guards are attacked with scissors in the prison of Nivelles. The prisoner, known for his rebellion, is transferred, for the 23rd time in 3 years.

**28/08 Brussels** - The entrance hall of an ING bank was firebombed around 11.30 PM. Serious damage.

**6/09 Brussels** – A few hours after a young guy is arrested in Molenbeek for rebellion against the police, police are ambushed. They are attacked with stones, sticks and Molotov cocktails. The same person is arrested again and charged with criminal association.



**10/09 Rekem** - For the fourth time in two months, a truck transporting new cars was set on fire. This time, 7 new cars were completely destroyed.

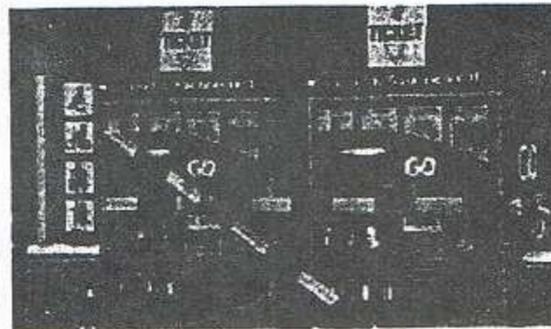
16

**10/09 Hasselt** - An incendiary device is thrown into the building of the director's secretariat of the Provincial Business School.

**10/09 Ghent** – Two vehicles are set on fire outside a Peugeot car dealership.

**11/09 Otré** – Bulldozers, engines and other material of a quarry (open-pit mine) company were firebombed three times in the last months. Damage over 2 million euros.

**14/09 Merksplas** – Prison riot. 70 refuse to return to the cells, break windows and tear down and set (small) fire to prison infrastructure. Barricades are erected against police intervention. At the same time, a riot takes off in the deportation prison across the street. Prisoners attempt a collective escape. Clashes with the police. Two days earlier, two prisoners escaped from the detention centre and others went on hunger strike demanding immediate release. During the month of September, police intervened 4 times to repress revolts. A few weeks before, an attack on the supply room of the centre took place and material was stolen.



**28/09 Brussels** – In the morning, material is damaged in the metro stations Hankar, Delta and Parvis de Saint-Gilles. Black paint and peck put their electronic gates and ticket machines out of service. STIB recently installed gates against 'black driving' and intensified ticket and identity controls where people without papers and searched for people are often arrested.

**28/09 Brussels** – Slogans on facades of Carlson Wagonlit and Randstad, companies implicated in the management of migration.

**28/09 Brussels** - Serco offices' windows are smashed with hammers, bricks and paint. A slogan is left 'Fuck Serco: Death to Detention Centers'. Serco is a multifunctional corporation and also runs deportation and other prisons in Britain, Germany, Australia and Queensland.

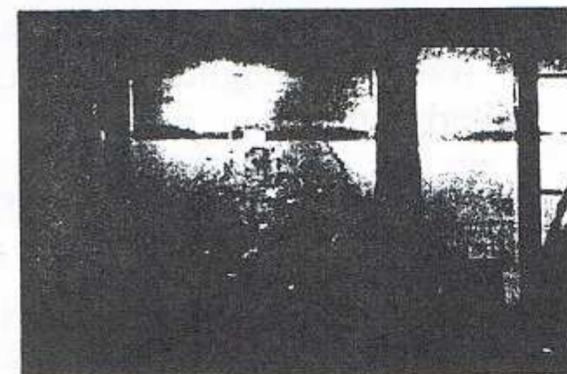
**29/09 Brussels** - A meeting of Frontex (European border police) is blocked. Slogans are painted on the building. Everyone is arrested and released 3 hours later.

**1/10 Brussels** – Early in the morning, 40 liters of oil are poured in the hall of Sodexo office (company collaborating in deportation prisons).

**1/10 Brussels** - Locks of the International Organisation of Migration (managing migration and promoting 'voluntary' returns) glued.

**1/10 Brussels** – From 7 to 11 PM, police arrests more than 200 people, preventing an announced demonstration against prisons and borders of taking place.

**1/10 Brussels** – Loads of shit are thrown at the Italian embassy, against its murdering migration policy.



**1/10 Brussels** – 50 people attack the police station of the Marolles and some police cars with iron bars, hammers and stones. 2 policemen are wounded. Police arrest 5 people in the surroundings; they are beaten in the station. 4 people are sent to prison, awaiting trial.

T

**1/10 Brussels** – Paint is thrown at the German representation agency (Landesvertretung) against the billion urban development and transport project Stuttgart 21.

**1/10 Brussels** – Dalkia car (company collaborating in prisons) set on fire in Anderlecht.

**2/10 Brussels** – 3 persons disrupt with speech and sound a recruitment day of the Brussels police, denouncing the ongoing repression during the week of the No Border camp. They are arrested and released 8 to 10 hours later. At the airport of Brussels, a symbolic action with helium banner and flyers takes place against Frontex.

**2/10 Brussels** – Offices of Steria (maker of Eurodac, a data collection with digital fingerprints of asylum seekers) has its windows broken, slogans are left on the building.

**3/10 Brussels** - Slogans painted and windows smashed, at Sodexo office in solidarity with the arrested comrades and against all borders.

**4/10 Lantin** – Prison riot. When the prison direction cancels the visits, 150 prisoners refuse to leave the yard at 5 PM and return to the cells. The prisoners inside destroy windows, hallways and other infrastructure. 100 police men intervene, the prisoners resist and 5 of them are injured. At 1 AM, the prisoners finally return to their cells. 6 months ago, prisoners destroyed the isolation module which is still out of use.

**4/10 Brussels** – Fireworks at the prison of Forest, where the 4 people accused of the attack on the police station are detained. Two anarchists are arrested for a few hours.

**4/10 Brussels** - All over Brussels are painted with huge slogans against all religions on the biggest cathedral of Brussels, on religious statues and on several smaller churches. "No gods, no churches; Against God and Allah".

**5/10 Ottignies** - Three cars burn on the parking lot of the Human Rights League at 15h in the afternoon. In relation to recent police violence, HRL declared that proportional police violence is legitimate towards violent demonstrators, but unacceptable against pacific demonstrators.

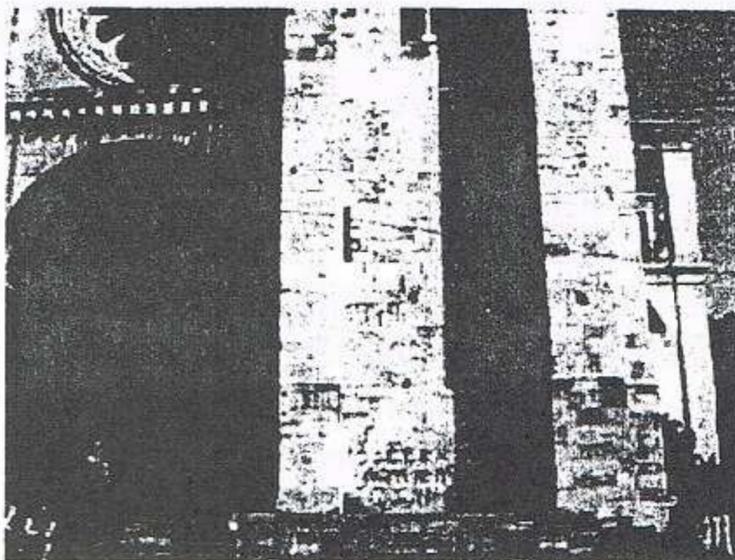
**5/10 Brussels** – A Valens (constructor of new deportation prison) van is set on fire in Schaarbeek.

**5/10 Near Ghent** – A construction yard of Besix (main constructor of new deportation prison) and the office of architects Bontinck (who drew its plans) are set on fire. Claimed as part of the ongoing struggle against prisons and in solidarity to the recent arrests.

**7/10 Brussels** - Three attacks take place against the public transport company STIB. In Haren, a bus was shot at with an air gun, breaking all the windows. No passengers were on board. A bit later, in Neder-over-Heembeek, youngsters stopped a bus, entered and put fire to the seats. Again, no passengers were on board and the driver fled without problems. The bus was destroyed. The youngsters also turned over a car on the road, so that when police was arriving, they could all get away. Finally, in Schaarbeek, a tram stopped because youngsters put a small barricade on the tracks. The passengers left the tram, but the driver refused. Then the youngsters smashed out all the windows of the tram. Nobody was hurt.

**7/10 Brussels** – In Neder-over-Heembeek, two ATMs of the Post Bank and BNP go up in flames in solidarity. The Bank of the Post manages the bank accounts of prisons and detention centres for immigrants. BNP denounces people without papers to the police.

**12/10 Tournai** – Prison riot. Tuesday night, prisoners destroy their cells and other infrastructure. The next day, they set fire to paper and blankets. Outside, people throw a Molotov cocktail inside of a nearby local police station of Carnieres, destroying parts of the paper archive. A few days before, guards went on strike, which means police, no yard, no visits.



**17/10 Paris** – Windows of a Bouygues shop [biggest constructor of deportation and other prisons in France] are smashed. 'Fire to the prisons' is left on the façade. The action is claimed in solidarity with the arrested comrades in Brussels. On the 12th of October, paint and slogans in solidarity colour a church in Lisbon, Portugal.



*Blokade, Sabotage, wilder Streik... Besetzung, Zerstörung, Bossnapping... Kämpfen wir bewaffnet mit all unserer Wut*

## **Frankreich: Überblick der Proteste gegen die Rentenreform und ihre Folgen**

Nach der Verabschiedung der sogenannten Rentenreform in Frankreich Anfang November wurden die Streiks mehrheitlich unterbrochen. Der Alltag sei in seinen normalen Ablauf zurückgekehrt, so die Medien. Doch die Versammlungen und weiteren Kollektive, welche im Laufe der Proteste entstanden sind, haben sich nicht aufgelöst. Es geht überall mit Aktionen weiter.

In einem einstündigen Fernsehinterview am 12. Juli dieses Jahres hatte Sarkozy den Ton vorgegeben: Demonstrationen gegen die Rentenreform seien ihm sozusagen scheissegal. Die Reform müsse auf jeden Fall verabschiedet werden, denn sonst könnten die Renten nicht mehr finanziert werden. Im Herbst waren ihm dann nicht nur Massenproteste scheissegal, sondern auch jegliche Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführungen, die er ablehnte. Ähnlich wurde mit den Diskussionen im zweiten Abgeordnetenkammer des Senats verfahren. Sie wurden Ende Oktober « demokratisch » unterbrochen, damit die Reform schneller verabschiedet werden konnte.

### **Die Arroganz der Macht**

Von dieser Art des Regierens, von solcher Arroganz der Macht, solcher Missachtung fühlten sich selbst viele gute Bürger beleidigt. So kam es, dass die Proteste, langsam aber sicher, den engen Rahmen einer rein technischen liberalen Reform verließen, um sich auf die politische Ebene zu verschieben. Im Kontext einer allgemeinen Verschlechterung und Prekarisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen erscheint nicht nur die Rentenreform, welche das erlaubte Rentenalter von 60 auf 62 Jahre erhöht - wobei eine Rente mit vollem Satz nun erst mit 67 Jahre erreicht werden kann - als absurd: vielmehr erscheint das Ganze als absurd.

Selbst langjährige Aktivist\_innen wurden von dem Ausmaß sowie von den Formen der

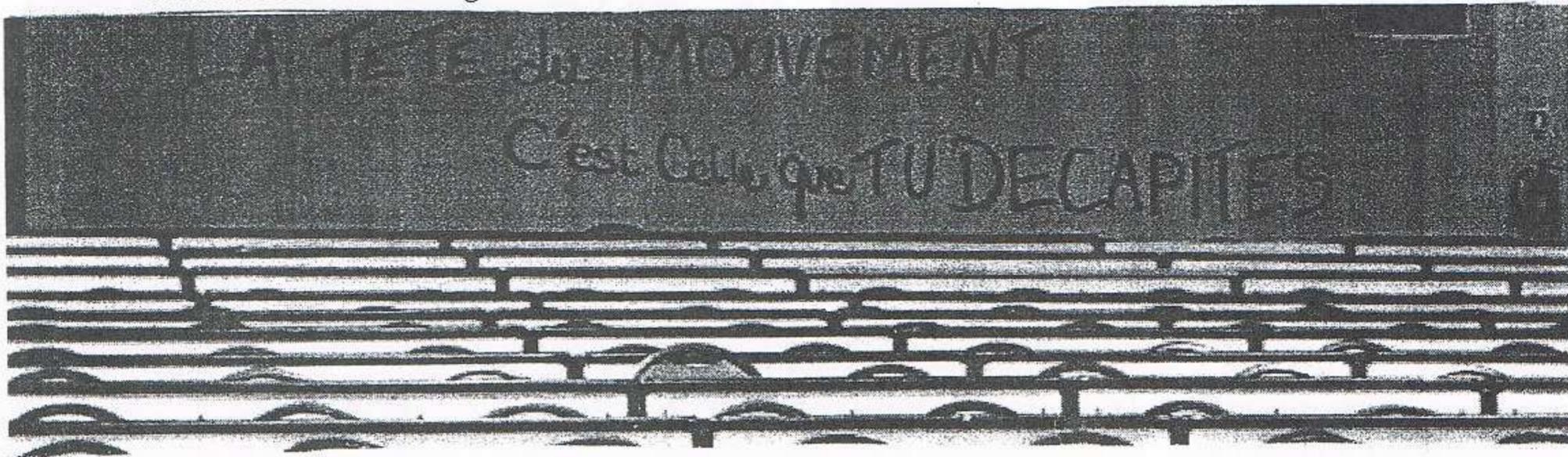
Proteste überrascht. Sieben mal gingen Millionen von Menschen auf die Straße. Wesentliche Bereiche der Wirtschaft, die Petrochemie, die Stromproduktion, die Transporte, die Müllentsorgung... wurden für mehrere Wochen bestreikt. Erstaunlicherweise griffen Arbeiter wieder zu direkten Aktionen. So wurde im Finanzministerium der Strom eine Stunde lang abgestellt. Gegen den 20. Oktober waren ein Drittel der Tankstellen im Lande nicht mehr versorgt.

Mitte Oktober schlossen sich sogar die Schüler den Protesten an. Es wirkte etwas lustig, Jugendliche mit Forderungen nach einer Rente mit 60 Jahre zu hören. Doch entwickelte sich auch bei ihnen irgendwie das Bewusstsein, dass es um mehr geht.

### **Wilde Zerstörungen in Lyon**

In Nanterre westlich von Paris sammelten sich früh morgens mehreren Tage hintereinander Jugendliche in der Nähe einer Schule, um die Polizei zu bekämpfen. In Lyon verwandelten sich über eine ganze Woche die täglichen Demos in wilde Zerstörungen und heftige Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften, so dass das reiche, komplett gentrifizierte Stadtzentrum deutlich gestört wurde. In Marseille stapelten sich den ganzen Oktober über Müllberge auf der Strasse, die die Betreiber von schicken Kneipen und Restaurants sowie Immobilienmarkler ganz schön genervt haben. Es kam auch zu nächtlichen direkten Aktionen, wie Brandanschläge gegen ein Zollamt in Rennes, eine Bank und ein Jobcenter in Paris, oder die Zerstörung von Fernsehkabeln in Nord-Frankreich.

Die lahme Strategie der Gewerkschaftsführungen, nicht zu einem Generalstreik (dazu riefen nur SUD und die CNT auf) sondern bloß zu Demonstrationen aufzurufen, wurde unterlaufen. Wenn Letztere ihre Unmut in den Medien äußerten, dann nur um zu bedauern, die Rentenreform nicht mitgestalten zu dürfen. Ihre Ohnmacht und Sinnlosigkeit versuchten sie mit einer letzten Demo am 6. November zu verheimlichen, indem sie die nächste Runde des Protests auf die Präsidentschaftswahlkämpfe von 2012 verschoben. Damit haben sie sich ein Stück weiter lächerlich gemacht.



*Der Kopf der Bewegung, ist derjenige, die du enthauptest.*

### **Menschen haben sich in Versammlungen zusammengefunden**

Viele sind sich dessen bewusst, dass Massendemonstrationen nur begrenzte Auswirkungen haben. Doch verleihen sie den Protesten eine Legitimität, welche der Basis ermöglicht, über den von den Gewerkschaften aufgenötigten Rahmen hinauszuwachsen, über ihn hinauszugehen. So haben sich in sehr vielen Städten, auch kleineren, Menschen,

Festangestellte und Prekäre, Arbeitslose und Studenten in sogenannten AG interpro (Assemblée Générale interprofessionnelle), d.h. « branchenübergreifenden » oder « kämpfeübergreifenden » Versammlungen zusammengefasst. Selbst als die Rentenreform verabschiedet wurde, haben sich diese AGs nicht aufgelöst. Diese Form der Organisierung des Kampfes war schon in den letzten Jahren bei Studentenprotesten, sowie bei manchen Arbeiterprotesten, wie etwa bei der Bahn zu beobachten. Doch die neuen Versammlungen ermöglichen die Segmentierung der Gesellschaft in Berufe, in Arbeitende und Arbeitslose, in Altersklassen, einigermaßen zu überwinden. In Rennes wurde sogar ein « Haus des Streiks » besetzt und dient fortan als Organisierungsort des Kampfes. Interessant ist, dass die Kämpfe in der Provinz viel wirksamer sind als in Paris.

Die Versammlungen haben ermöglicht, den Versuchen, die Waffe des Streiks zu entkräften, etwas entgegenzusetzen. In den letzten Jahren wurden tatsächlich unterschiedliche Gesetze und Regelungen verabschiedet, damit der Streik im öffentlichen Sektor nicht mehr wirklich stört. Dies führte zum Beispiel dazu, dass die Züge und U-Bahnen trotz des Streiks fahren, dass in den Schulen unterrichtet wird. In den Versammlungen konnte praktische Unterstützung für die Streikposten in den Betrieben organisiert werden. Dabei haben Arbeitslose, die ausdrücklich gegen ihre Unterwerfung unter die Lohnarbeitsabhängigkeit kämpfen, diese grundsätzlich in Frage stellen und zurückweisen, eine wesentliche Rolle gespielt. Dies bleibt aber öffentlich eher unausgesprochen. In den Versammlungen konnten auch über quasi täglich neu vorgeschlagene Blockadeaktionen gemeinsam entschieden werden. So wurden Einkaufszentren, Versorgungslager von Supermärkten, Bahnhöfe, Straßen usw. blockiert; Jobcenter und unterschiedlichste Firmen wurden immer wieder besetzt. Über die Versammlungen wurde auch die Solidarität organisiert, hauptsächlich über Streikkassen.



*Militärische Einheit in Lyon ; ihr Fahrzeug wurde getagt.*

### **3000 Festnahmen**

Die Repression gegen die Proteste war aber auch ganz schön heftig. Die Bullen zeichneten sich durch eine neue Qualität der Gewalt aus. Selbst in die Schulen rückten sie in Form von CRS-Einheiten ein. In Montreuil nahe Paris räumten und zerstörten sie ein von AktivistInnen und Wohnungsbedürftigen besetztes Haus (dies einen Tag vor dem gesetzlichen Winterräumungsverbot); an dem selben Tag in der selben Stadt schossen sie einem Sechzehnjährigen vor seiner Schule mit einem Flashball-Gummigeschoss ins Gesicht.

Landesweit kam es zu etwa 3000 Festnahmen, hauptsächlich am Rande der Demos, welche mit Vorwürfen der Gewalt oder Beleidigung gegen Polizisten begründet wurden. Haftstrafen von mehreren Monaten wurden ausgesprochen. Aber auch die Gerichte legten eine gewisse Kreativität an den Tag, um die Proteste zu ersticken. So dürfen Menschen bis zu ihrer Gerichtsverhandlung z.B. nicht mehr bei Demos mitlaufen oder bekamen gleich einen Platzverweis für die ganze Stadt. Mehrere Tage nach den Auseinandersetzungen in Nanterre wurden 11 Menschen um 6 Uhr morgens festgenommen und an Hand von Videoaufnahmen (die deutsche Methoden haben Schule gemacht) angeklagt. Gegen Schüler im Alter von 16 Jahren wurde von den Schulleitungen ein mehrtägiges Schulverbot wegen aktiver Beteiligung an den Protesten ausgesprochen.

Aber die Protesten gehen weiter. Einige Unis werden seit Anfang des Monats blockiert. Am 20. November werden sich die Versammlungen aus dem ganzen Land zum zweiten Mal treffen. In der Bretagne wird die Vernetzung auf der regionalen Ebene bevorzugt. Bei einem ersten landesweiten Treffen wurde gemeinsam Blockadeaktionen von Supermärkten am 11. November – dem Feiertag in Erinnerung an die Opfer des 1. Weltkrieges - beschlossen: um an die Opfer der Arbeit zu erinnern. Auch Demos wurden organisiert. Am selben Tag fanden in Toulouse, Saint-Etienne, Rennes und Dijon antifaschistische Kundgebungen statt, um gegen die Anwesenheit von Rechtsextremen bei den offiziellen Zeremonien zu protestieren. Wie auch in Deutschland wurden die Rechten von der Polizei geschützt.

Nach der Rentenreform will die Regierung nun im Rahmen des jährlichen Finanzgesetzes Kürzungen in Höhe von 400 Millionen hauptsächlich im Gesundheitswesen durchsetzen. Aber auch das Wohngeld, das Studenten erhalten, ist im Visier. Von diesen Maßnahmen sind in erster Linie die Ärmsten betroffen, die wegen mangelnder Ressourcen ohnehin nicht mehr zum Arzt gehen können. Bereits Mitte November hatten die Abgeordneten die medizinische Vorsorge für Asylbewerber gestrichen.

### **Der Kampf geht in die nächste Runde...**



# Das kommunale Manifest

Warum ein französisches Pamphlet zum Weißbuch der Protestkultur wird

Ein Text geht um in Europa. Erst lief er durch Frankreich, dann breitete er sich in England aus, jetzt ist er, nachdem eine wilde Übersetzung länger schon im Netz kursierte, auf Deutsch erschienen. Auch in Stuttgart und dieser Tage in Gorleben wurde er wieder unter den Protestierenden herumgereicht. Was schon deshalb eine gewisse Stringenz hat, weil sich die massenhafte Verbreitung dieses Pamphlets einer Protestaktion gegen Castortransporte verdankt: Im November 2008 wurde der Franzose Julien Coupat, Mitbegründer der philosophischen Zeitschrift *Tiqqun*, Kommunarde und Pariser Meisterschüler des Großphilosophen Giorgio Agamben, von Polizisten in der Nähe einer Eisenbahnstrecke gesehen, auf der justament in dieser Nacht ein Castortransporter von La Hague nach Gorleben fahren sollte. Die Strecke wurde durch Eisenhaken in den Oberleitungen sabotiert. Die Polizei verfolgte Coupat zu dem Zeitpunkt schon länger, weil sie in ihm den Autor des Textes vermutet, um den es hier geht: „L'Insurrection qui vient“, zu Deutsch „Der kommende Aufstand“ (*Nautilus-Verlag, Deutsch von Elmar Schmeda, 128 Seiten, 9,90 Euro*), veröffentlicht von einer Gruppe, die sich selbst „Unsichtbares Komitee“ nennt.

Die französische Regierung las den Text als Anstiftung zum Terrorismus und die Anschläge als praktische Umsetzung seiner Theorien. Julien Coupat wurde unter Verweis auf das Buch wegen Verdachts auf „Bildung einer kriminellen Vereinigung mit terroristischen Zielen“ verhaftet und monatelang in Untersuchungshaft gehalten, ohne dass sich Beweise gegen ihn finden ließen. Der Staat gab sich in diesen Monaten alle Mühe, als der böse Feind aufzutreten, als der er in „Der kommende Aufstand“ beschrieben wird: immer neue Verfahrensfehler; kein brauchbares Belastungsmaterial, und obwohl ein Richter nach wenigen Wochen seine Freilassung anordnete, saß Coupat über sechs Monate in Untersuchungshaft. Er wurde dadurch zum Che Guevara Frankreichs, „L'Insurrection qui vient“ zur auratischen Freiheitsfibel.

Das Besondere an dem Buch ist dessen glänzender Stil. Der Text kommt ohne das sonstige phraseologische Sperrholz linker Pamphlete aus, die Autoren schreiben mit situationistischem Schwung und gleichzeitig düsterrevolutionärem Zorn eine „Ästhetik des Widerstands“ für das neue Jahrtausend. Der erste Teil ist in sieben „Kreise“ unterteilt, ein Verweis auf Dantes *Inferno*. In der Hölle unserer Tage ist der Mensch eine kleine, überflüssi-

ge Konsum-Monade, der als Lebenssinn nur das kalte Neonlicht der Warenwelt bleibt. Das System ist überall, fast wie Gas ist es noch in die letzten Ritzen des Privatlebens gedrungen. Aber gerade weil es unbesiegbar und übermächtig ist, muss man jetzt dagegen aufbegehren.

Während die meisten Europäer seit zwei Jahren angststarr auf die vielköpfige Hydra der Krise blicken und darauf hoffen, dass alles noch mal gutgehen möge, wird hier mit heiterster Miene davon ausgegangen, dass die Katastrophe des Zusammenbruchs längst begonnen hat. Diese Pose einer versonnenen und zugleich heroischen Melancholie macht den Text verführerisch schön, dazu kommt, dass in fast schon Größenwahnsinnig selbstbewusster Geste alle Parameter einer dem Untergang geweihten Ordnung en passant abgehandelt werden: der Staat? „Kann gar nichts mehr“. Die Opposition? Bewegungen wie Attac? Dienen nur dazu, den Laden immer neu, immer noch feiner auszusteuern. Arbeit? „Hat restlos über alle anderen Ar-

---

Schafft eine, zwei, viele  
Banlieues! Gründet Kommunen!  
Werdet unsichtbar!

---

ten zu existieren triumphiert, genau in der Zeit, als die Arbeiter überflüssig geworden sind.“ Kurzum: Die ersten 60 Seiten sind eine Gegenwartsanalyse, so beißend wie poetisch, geschult an Guy Debord, Antonio Negri, Giorgio Agamben, und oft meint man Michel Houellebecq's Stimme durchzuhören, wenn da genüsslich die Kälte und Vereinsamung der Leistungsgesellschaft beschrieben wird.

Nun gibt es in Houellebecq's Romanen ja immer eine Welt der Großeltern, ländlich, freundlich, human, und in Gegensatz dazu die von Liberalismus und egoistischer Selbstverwirklichung verwüstete Kampfzone unserer Tage. Einen ähnlichen Antagonismus baut das Unsichtbare Komitee auf: Gegen den kalten Markt und die übermächtigen Strukturen des Staates stellen sie im zweiten Teil den Traum von der Kommune, autarke Netzwerke, die sich entziehen, deren Mitglieder in die Anonymität abtauchen.

Dieser zweite Teil lässt sich polemisch so auf einen Nenner bringen: Schafft ein, zwei viele Banlieues. Die französischen Unruhen von 2005, die Straßenschlachten in Griechenland, der „Schwarze Frühling“ in Algerien – all das sind den Autoren Indizien dafür, dass der Auf-

stand längst begonnen hat. Der Aufstand, von dem das „Unsichtbare Komitee“ träumt, soll nicht von bewaffneten Banden ausgehen (wobei es heißt, man solle sich schon Waffen besorgen, diese dann aber möglichst nicht einsetzen). Es geht eher darum, Sand statt Öl im Getriebe der immer absurderen Beschleunigung zu sein, Stromzähler abzuklemmen, Waren zu unterschlagen, Sozialleistungen zu erschleichen.

In diesem zweiten Teil muss man sich dann doch wundern über den pastellfarbenen Traum vom anderen Leben und der Lust am großen rhetorischen Bogen. Dem aller diskursive Streit um die Mühen der Ebene, das Kleingedruckte des politischen Alltags zu banal ist. Zwar stellen sie selbst die Frage: „Was tun, wenn die Straße einmal erobert ist, weil die Polizei dort auf Dauer besiegt wurde?“ Die utopische Hoffnung, dass das dann entstehende Vakuum mit Leben, Freude, Sinn erfüllt wird, ist aber von irritierender Naivität. Vielleicht leben in Frankreich ja bessere Menschen, im Rest der Welt gingen alle Versuche, den Staat abzuschaffen, daneben. Außerdem ist es grotesk, wie versucht wird, aus den Aufständen von 2005 den neuen, freien Menschen zu destillieren. Das Unheimliche an den Banlieue-Protesten war, dass sie so dumpf und amorph verliefen, ohne alle Forderungen. Ohne Sprecher. Es war ein stummer Aufstand einzelner Menschen, die die Infrastruktur ihrer Umgebung in Schutt und Asche legten. Und die damit nach den Aufmerksamkeitsgesetzen des Marktes funktionierten: Ich bin im Fernsehen, also bin ich.

All das kann man kritisieren. Aber das Buch trifft aus drei Gründen einen Nerv. Zum einen bezieht es eine Aura der Hellsichtigkeit aus dem Umstand, dass es geschrieben wurde vor dem kollektiven Schock der Finanzkrise, den es im Nachhinein zu antizipieren scheint. Zweitens machen der aphoristische Parlandstil, die heitere Gewissheit des Untergangs, die an Max Frischs Beobachtung erinnert, die Krise sei ein sehr produktiver Zustand, „wenn man ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nimmt“, aus dem Text ein Weißbuch des Überlebens in stürmischen Zeiten. Der dritte Aspekt ist wahrscheinlich der beunruhigendste: Die totale Partizipationsverweigerung, dieses Hohelied auf den Privatismus – pardon: die Kommune – ist höchst beunruhigend in Zeiten, in denen sich europaweit die diffuse Unzufriedenheit, der Frust und die Angst immer heftiger entladen.

ALEX RÜHLE

## Gegen linke Bewusstlosigkeit – für einen konsequenten Antifaschismus!

Eine Bedingung wird sich für die Linke nie ändern: Wenn sie alle Verhältnisse umwerfen will, *in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist (Marx)*, wenn sie also Emanzipation und eine befreite Gesellschaft will – dann braucht sie zwar vor allem eine radikale Kritik dieser Verhältnisse, aber kommt dabei nicht um deren aktuelle Beschaffenheit herum. Die Ausgangslage für den Kampf um eine befreite Gesellschaft ändert sich ständig, ihm kommen zu unterschiedlichen Zeiten und Orten unterschiedliche Gegenbewegungen, Probleme und Chancen entgegen. So stehen etwa Faschismus, Wirtschaftswunder oder Krise für sehr verschiedene Ausgangslagen, die stets auch verschiedene Gegenstrategien erfordern.

Aktuell gibt es jedoch eine weltweite, eine *rechtsradikale* Bewegung, von der Linke überall eigentlich ihre Ausgangslage bedroht sehen müssten – doch wofür ein großer Teil der Linken, ob bürgerlich oder radikal, alles andere als angemessenes Bewusstsein zeigt: Nämlich der Islamismus. In sehr unterschiedlichen Ausprägungen bemüht er sich mit einer fundamentalistischen Auslegung des Islam um eine politische Ordnung der Gesellschaft. Ein absoluter Überlegenheitsanspruch wird expansiv in die Tat umgesetzt – geprägt durch Antimodernismus, Autorität und Ressentiment.

Darauf folgt jedoch kaum eine emanzipatorische Kritik des Islamismus. Stattdessen nehmen in westlichen Gesellschaften nationalistische, rechtspopulistische und rassistische Tendenzen zu – während die Linke dabei meist darin verhaftet bleibt, nur gegen die ihr so gewohnten GegnerInnen zu mobilisieren. Es ist ein Spannungsverhältnis zwischen Rassismus und Islamismus entstanden, das Linke nur selten richtig auflösen: Beides als ihre aktuelle Gegenbewegungen und damit *beides als ihr Problem zu verstehen*. Gerade, weil wir mit der eingangs beschriebenen Perspektive selbst Teil der Linken sind, rufen wir hier zu einem Ende dieser Bewusstlosigkeit und zu einem konsequenten Antifaschismus auf.

Die antifaschistische Kritik des Islamismus geht dabei über eine – ebenfalls notwenige – pauschale Kritik aller Religionen hinaus. Sei es Christentum, Buddhismus oder eben der Islam: Denn deren „einfacher“ Glaube ist zwar Irrsinn und steht wirklicher Emanzipation im Weg. Aber solange Menschen damit nur ihr eigenes Leben einschränken und andere Vorstellungen zulassen, stellen sich einer Linken heute größere Probleme. Anders ist das bei christlichem Fundamentalismus, der selbstverständlich als Problem wahrgenommen wird. Brutale Glaubenskriege, antiemanzipatorische Moralvorstellungen und Fortschrittsfeindlichkeit mit dem Anspruch auf gesellschaftliche Gültigkeit sind – völlig zu Recht – schon lange im Fokus linker Kritik und Praxis angekommen. Doch was somit bei wahnsinnigen Evangelikalen noch zum guten Ton bürgerlicher und radikaler Linker gehört, wendet sich mit Blick auf die Hamas oder das iranische Regime meist in Schweigen, Akzeptanz oder gar Verständnis.

Das ist absurd, drängt sich doch der Islamismus als Gegner der Linken geradezu auf. Geprägt durch enormen Autoritarismus, Sexismus und Antisemitismus wird hier religiöser Fundamentalismus als Gesellschaftsordnung durchgesetzt – gewaltsam gegen Unpassende und Andersdenkende. Was sich sehr wahrnehmbar und öffentlichkeitswirksam äußert: Von rigorosen Vorschriften für alltägliches Leben, über die Hinrichtungen Homosexueller bis hin zum mörderischen Terror gegen „Ungläubige“. So verneinen islamistische Staaten und Bewegungen das linke Projekt einer befreiten Gesellschaft mit außerordentlicher Brutalität und Vollständigkeit. Sie sind faktisch rechtsradikal, und eine Linke, die das nicht als Angriff auf die eigenen Ziele wahrnimmt, gibt ihren emanzipatorischen Anspruch preis und offenbart politische Bewusstlosigkeit.

Doch genau das ist in der aktiven Linken allzu oft Realität. Direkte und indirekte Duldung von IslamistInnen und sogar offene Zusammenarbeit erscheinen nicht als Problem und haben gerade in den letzten Monaten Konjunktur. So hatten viele Linke aus ganz Europa keinerlei Bedenken, mit islamistischen Organisationen an Bord der Gaza-Flotille die Verbindung von Antizionismus und Antisemitismus einzugehen. Gleichzeitig werden Hamas und Hisbollah von der bekannten linken Feministin Judith Butler als Teil der globalen Linken anerkannt – während passend dazu IslamistInnen mit Symbolen der Hamas auf linken Anti-Kriegsdemos mitlaufen. Und auch in der Debatte zu antimuslimischem Rassismus glauben viele AntirassistInnen offenbar nach wie vor, neben IslamistInnen wie Millî Görüş in Gesprächsrunden sitzen oder auf der Straße demonstrieren zu müssen. Auch wenn solche Kooperationen nur punktuell sind und es dabei gelegentlich Distanzierungen zu allzu deutlichem Fundamentalismus gibt – Problembewusstsein sieht anders aus.

Diese Bewusstlosigkeit ist nicht neu. Sie speist sich aus einem Schwarz-Weiß-Denken das in der Linken, ob bürgerlich oder radikal, nach wie vor verbreitet ist und sich vor allem anhand einer Aufteilung zeigt: Der zwischen „schlechten Unterdrückern“ und „guten Unterdrückten“. Dem einfachen Bild von Imperialisten mit unmenschlichen Vorhaben auf der einen Seite und ihren Opfern mit menschlichen Abwehrreaktionen auf der anderen Seite folgt die Wahrnehmung von mächtigen und eindeutigen Feinden (in der Regel die USA), deren Gegner im Umkehrschluss Solidarität oder zumindest Anerkennung verdient hätten. Das ist schlicht falsch.

Selbstverständlich handelt die USA nicht im Sinne einer befreiten Gesellschaft und steht ihr wie jeder andere bürgerliche, kapitalistische Nationalstaat entgegen. Standortinteressen sind gerade im „Kampf gegen den Terror“ wichtiger als menschliche Interessen und darüber hinaus betreiben die westlichen Gesellschaften eine rassistische Abschottung gegen den ärmeren Rest der Welt. Das geschieht mit großer Gewalt, kümmert sich wenig um Menschenleben und noch weniger um die Perspektive auf eine befreite Gesellschaft. Gleichzeitig entwickeln sich Nationalismus, Rechtspopulismus und antimuslimischer Rassismus immer mehr als gesellschaftliche Aggressionen gegen alles, was mit Unbehagen und Empörung als islamisch und damit als äußerlich und unpassend wahrgenommen wird. Diese Entwicklungen müssen beim Thema Islamismus unbedingt mitgedacht werden, was von Linken seit Jahren auch intensiv in die Praxis umgesetzt wird.

Allerdings nur mit verhaltenem Erfolg, was sich etwa an den „Integrationsdebatten“ ablesen lässt: Einerseits sind offener Nationalismus und Rassismus mit der Sorge um nationale Identität und Arbeitsplätze – und eben nicht in Sorge um die Opfer islamistischen Terrors – vollkommen salonfähig. Andererseits bleiben linke Reaktionen darauf meist bei der Werbung für allgemeinen Multikulturalismus stehen. Die wird jedoch nicht nur umgehend vom Populismus der NationalistInnen kassiert, sondern ist vor allem auch unkritisch. Denn wer Autoritarismus, Sexismus und Antisemitismus, sei es im Gaza-Streifen oder in den „Problemvierteln“ Europas, als Teil einer kulturellen Identität *abhakt*, verdoppelt rassistische Zuschreibungen und liefert die Emanzipation der Beliebigkeit aus.

So verwehrt sich ein großer Teil der Linken weiter der Tatsache, dass eine islamistische Ordnung des Zusammenlebens der Menschen einen Rückfall bedeutet – selbst hinter Maßstäbe bürgerlicher Gesellschaften. Und dass das Projekt einer *befreiten* Gesellschaft die Hamas oder das iranische Regime als rechtsradikale Akteure feindlich gegenüber stehen hat – die von Linken auch dementsprechend konsequent behandelt werden müssen: *antifaschistisch*.

Doch momentan wird beharrlich die eigene Ausgangslage im Kampf um eine befreite Gesellschaft ignoriert. Während die Linke bei all ihren Unterschieden immer einen antifaschistischen Anspruch hatte, fehlt nun allzu oft die Bereitschaft, diesen Anspruch an eine veränderte Ausgangslage anzupassen. Linker Antifaschismus war fast immer darauf gerichtet, einen rechtsradikalen Rückfall hinter die Verhältnisse und in die Barbarei zu verhindern – oder zu bekämpfen. Antifaschismus ist insofern etwas anderes als der Kampf für eine befreite Gesellschaft. Es ist der Kampf dagegen, sich diese Perspektive von FaschistInnen verstellen zu lassen. Aber *eben diese Perspektive* wird von islamistischen Regimen, Bewegungen und Organisationen täglich neu begraben – zusammen mit den alltäglichen Zielen ihrer Angriffe wie Frauen, Andersdenkenden, Jüdinnen und Juden, Homosexuellen und „Ungläubigen“, die von der Linken bisher kaum Beachtung fanden. Diese Bewusstlosigkeit muss ein Ende haben, neben Neonazis und anderen RassistInnen muss auch der Islamismus ins antifaschistische Visier der Linken genommen werden.

Natürlich ist diese Praxis nicht nur ungewohnter, sondern auch komplizierter als der Kampf gegen Neonazis. Etwa wegen der Frage, wo „normaler“ religiöser Irrsinn aufhört und Islamismus anfängt, und weil Neonazis im politischen Alltag leichter auszumachen sind als IslamistInnen. Aber AntifaschistInnen, die viele Informationen über Neonazis recherchieren und hunderte Kilometer zu deren Aufmärschen fahren, könnten auch islamistische Parolen erkennen, islamistische Symbole identifizieren und zumindest nicht mit IslamistInnen zusammenarbeiten.

Die Linke sollte in einem antifaschistischen Kampf gegen den Islamismus bestimmend sein. Während das wohl nicht so schnell zu haben ist, wäre aber der drängendste Schritt auch der einfachste: Keine Zusammenarbeit mit IslamistInnen, keine Duldung und keine Akzeptanz! Islamismus ist kein Teil der Lösung – sondern Teil des Problems: Gegen linke Bewusstlosigkeit und für einen konsequenten Antifaschismus!

## Marco Camenisch wurde verlegt

Ohne Vorankündigung wurde Marco am 7. Oktober in den Hochsicherheitsknast von Orbe verlegt. Warum dies passierte ist unklar, aber es ist sehr wahrscheinlich, dass die Aktion mit dem Hungerstreik den Marco zusammen mit Silvia, Billy und Costa durchgeführt hat, sowie seiner kompromisslosen Ablehnung der herrschenden Zustände zu tun hat.

### Schreibt ihm:

Marco Camenisch  
Penitencier de Bochuz  
Case Postale 150  
1350 Orbe  
Schweiz

### Ein erster Brief von Marco, der beschreibt, wie es vor sich ging:

“Liebe GenossInnen

Do. 7.10 10 vor Arbeitsbeginn Nachmittags wurde ich über Gegensprechanlage der Zelle „informiert“ es habe keine Arbeit, ich könne auf der Zelle bleiben (in 6 Jahren nie dagewesen. Ha,ha...), dann wurde ich ins Abteilbüro gerufen, „Herr Hauenberger (Chef Abteile 5-8) wollte mich sprechen“, da war er aber nicht und zwei Prätorianer-Wärter (gross, nach viel Muskel und wenig Hirnmasse ausgewählt) brachten mich zum Umkleide- und Effektendienst („der Hatschier muss Ihnen etwas zeigen“, übliche Masche..) Dort weitere Prätorianer, mir wurde die Versetzungsverfügung von Herrn Thomas Noll, sattsam bekannter „Vollzugschef“ Direktionsmitglied und ehemaliger Notfallpsychiater Pöschwies, vorgelegt. Versetzung wegen „Gefährdung Anstalt wegen Demos“ und „Gefährdung des Personals“. Entzug der aufschiebenden Wirkung aus „Sicherheitsgründen“ der 10-tägigen Rekursfrist, und Orbe habe mich zu meiner Weiterinternierung bereit erklärt. Musste mich umkleiden und ohne Effekten „kommen nach“ mit einschneidenden Kabelbindern an den Handgelenken am Gurt befestigt und Fussketten, an der Klappenkiste befestigt, mit 4 ZH Bullen losfliegen. Landung Yverdon les Bains auf einem von verummten Bullen abgesperrten Industrieparkplatz. Die brachten mich mit Transporter rasch hierher, wo ich im Eintritsabteil“ neugierig auf meine „Ware“ warte. Immerhin in „Privatkleidern“ Uniform gelte für die Arbeit. Auch sonst sieht es so aus, als werde hier Perfidie und Schwachsinn etwas weniger auf die Spitze getrieben als im Avantgardeknast Pöschwies des Justizabschaums ZH.

Ist aber soweit irrelevant, relevant hingegen ist die eindeutige politische Repressalie und Geiselstatus-Dynamik als politischer bzw. Kriegsgefangener vom Staat und Kapital, und Verantwortlichkeit der Kantone bzw. Institutionen Zürich/Vaud.

Nun nehme ich aber keinesfalls an, dass sich militanter Widerstand durch kopflose und schwäche beweisende Symptombekämpfung seitens der Repression so billig ins Bockshorn jagen, einschüchtern und erpressen lässt... (smily) Sondern im Gegenteil, dass sie ihre Lage nur noch ein klein wenig verschlimmert haben, dass auch diese weitere kleine Entlarvung ihrer paranoiden Verkommenheit wieder um zu auch grundlegender militanter Reflexion, Analyse und theoretisch-praktischer Entwicklung und Stärkung als korrekte Richtung weit über den spezifische (Fall, Repression) hinaus bewirken kann...

Seid herzlich umarmt , a presto

Marco”

Orbe, 10.10.10

## Wer ist Marco Camenisch

Marco Camenisch wird am 21. Januar 1952 in der Schweiz, in Schiers, einem Dorf in den Rhätischen Alpen im Kanton Graubünden, geboren. Er begann sein politisches Engagement mit der Unterstützung kämpfender Gefangener und ab 1978 schloss er sich dem Kampf gegen Atomkraftwerke an. Anfangs 1980 wird Marco wegen zwei Sprengstoffanschlägen verhaftet: gegen einen Masten einer Hochspannungsleitung der Elektrokonzerns NOK (einer der Konzerne, die damals in der Schweiz Atomkraftwerke betrieben) und gegen Transformatoren und den Richtstrahlmasten eines Elektro-Unterwerkes in Graubünden.

Das relativ harte Urteil von 10 Jahren war einerseits sicher auch Ausdruck seines tiefen Verständnisses von dem, was auf dem Spiele steht: die von der Energieindustrie selbst getätigte ökologische Vernichtung als Teil der Zerstörungskraft des Herrschaftssystems allgemein, das ebenfalls zu den erklärten Zielen seines Kampfes gehörte. Der damalige „Normaltarif“ in der Schweiz wäre um die 4-6 Jahre gewesen und sogar die reaktionäre Presse war über das Strafmass erstaunt, das damals ungefähr dem für Tötung entsprach. Das relativ harte Urteil ist aber auch und vor allem als repressive Angleichung zum europäischen und allgemein internationalen Kontext mit starken revolutionären Guerillabewegungen (Italien, Deutschland, usw.) und der entsprechenden repressiven Verschärfungen der bürgerlichen Repression zu sehen.

Die Atomenergiepolitik in der Schweiz übernahm die Organisationsform des US-Amerikanischen Manhattanprojekts und bereits in den ersten Tagen nach Nagasaki und Hiroshima wurde Atomenergie hierzulande zum breit diskutierten Thema. Es wurde die Propaganda des dual use (militärisch-zivil) eingeläutet und „ein goldenes Zeitalter, eine glorreiche Zeit menschlichen Fortschritts und Wohlstandes im Zeichen der Atomenergie“ verkündet. Ziel war aber vorerst die „Schaffung einer schweizerischen Atombombe“ wofür der Bund ein Rahmenkredit in nie dagewesener Höhe für ein Forschungsprojekt von 18 Millionen Franken beschloss, mit der üblichen Verflechtung von Privatindustrien und staatlichen Institutionen (Hochschulen), die wie ebenfalls, wie üblich, eindeutig im Interesse der Wirtschaft funktionierte. BBC, Sulzer und Escher-Wyss (Maschinenbauindustrie) gründeten 1946 die Studienkommission Kernenergie und die Arbeitsgemeinschaft Kernreaktor, wo später auch Motorcolumbus und Elektrowatt einstiegen. 1953 hatten sie ein Reaktorprojekt auf Papier und 1954 kaufte der Bund von den USA 5 Tonnen Plutonium, da die USA damals als einziges Land über Atomreaktoren verfügte. Im selben Jahr beschliessen die grössten Atommultis der Schweiz den Bau eines Versuchsatomkraftwerks. 1963 plant die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke, jetzt in der Axpo) mit BBC und Westinghouse mit einem amerikanischen Reaktor auf der Halbinsel Beznau des Flusses Aare ein eigenes Kraftwerk zu bauen, das 1968 fertiggestellt wurde. Danach wurden Beznau II (NOK), Mühleberg (BKW - Berner Kraftwerke) und in Gösgen, Döniken und Leibstadt ebenfalls Kernkraftwerke (KKW) gebaut. Mit der Beteiligung aller grossen Maschinenmultis der Schweiz wurde 1960 der Bau eines Schweizerischen AKW in Lucens geplant, wofür der Staat 50 Millionen Franken stellte, aber der Traum eines eigenen Reaktors explodierte im unterirdischen Kraftwerk mit der Explosion eines Brennstabes. Es war ein mit dem von Harrisburg vergleichbarer Unfall.

Seit Mitte der `60er Jahre gab es, wie auch in Deutschland, in der Bevölkerung breiten Widerstand gegen AKW (und industrielle Grossprojekte allgemein) mit vielen BürgerInnenbewegungen und militanten Sabotageaktionen, wie z. B. gezielte Anschläge gegen 9 Autos oder Ferienhäuser von Exponenten der Atomlobby. 1973 fand in Olten die erste Grossdemo gegen AKWs mit über tausend Menschen und einer Petition mit 16'000 Unterschriften statt. Im selben Jahr wird die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK) gegründet. 1974 kam es zum Brandanschlag auf die Planbaracke des AKW Verbois und auf eine Transformatorenstation in Verbier. Im April 1975 gab es die erste, sechs Tage dauernde, Baugeländebesetzung zur Verhinderung der Bauarbeiten in Kaiseraugst. Danach wurde eine Grosskundgebung mit 15'000 Menschen abgehalten. Es wurden verschiedene Aktionen gegen andere AKW-Projekte gegründet und weitere Grosskundgebungen und Pfingstmärsche finden statt. Am 25.6.77 der erste Besetzungsversuch von Gösgen, der durch einen brutalen Polizeieinsatz beendet wurde, was zu Kundgebungen in verschiedenen Städten führte. Es folgen etliche weitere Anti-AKW-Anschläge des radikalen antikapitalistischen Flügels (auch mit der Jugend- und StudentInnenrevolte der `60jahre zusammenhängend), aber auch die Institutionalisierung der Bewegung (Wählerstimmenfang, Abgrenzung von den „TerroristInnen“). Nichtsdestotrotz haben militante Aktionen immer Massenaktionen ermutigt, begleitet oder vorweggenommen. Z. B. Anschläge gegen die SBB (Schweizerische Bundesbahnen) waren der Auftakt zu öffentlichen Blockadeaktionen. Und der Anschlag gegen den Leibstadt-Transformator in Genf das Signal zur ein Jahr später stattgefundenen Blockade des Ersatztrafos. Auch die Anschläge gegen den Informationspavillon in Kaiseraugst und gegen Gösgen am Tag nach der Erteilung der Betriebsbewilligungen erhielten die Sympathie des Volkszornes. Zu den letzten Anschlägen zählen die innerhalb einer Woche gefällten Meteomasten von Gösgen und Graben.

Am 17. Dezember 1981 brach Marco Camenisch zusammen mit einigen italienischen Mitgefangenen aus dem Gefängnis Regensdorf aus, wobei ein Aufseher getötet und ein anderer verletzt wurde. Während zehn Jahren lebt Marco Camenisch im Untergrund, setzt seine antinukleare Aktivität und schreibt Artikel für die anarchistische Presse. Dezember 1989: ein Zöllner an der italienisch-schweizerischen Grenze wird getötet, und sofort erklären die Medien und die Behörden Marco Camenisch zum Täter. Marco Camenisch hat diese Anklage immer zurückgewiesen. Die lange Flucht von zehn Jahren wurde am 5. November 1991 durch eine gewöhnliche Ausweiskontrolle in der toskanischen Provinz Massa unterbrochen. Die dumme Reaktion eines Karabiniers auf Marcos gezogene Pistole hat einen Schusswechsel zur Folge, ein Karabinier wird verletzt, und Marco wird an beiden Beinen angeschossen und, an der Flucht gehindert, verhaftet.

Er verweigert jegliche Zusammenarbeit mit der Justiz und wird im Mai 1992 für die Schiesserei mit den Carabinieri und für einen Sprengstoffanschlag gegen einen Masten der Hochspannungsleitung La Spezia-Acciaio, womit Atomstrom aus Frankreich importiert wird, zu 12 Jahren verurteilt. Was für den italienischen „Terrorismus-Tarif“ eine relativ gelinde Strafe war. Diese relative Vorsicht der lokalen Behörden war der historischen und damaligen grossen Verwurzelung des militanten Widerstandes in einer mit Nato-Militärbasen und Kriegsindustrie voll gestopften Gegend zu verdanken. Z.B. wurde kurz nach und am Ort seiner Verhaftung ein saisonal leer stehendes Luxushotel mit dem Gebot nach Gewährleistung seiner Unversehrtheit gesprengt. Historisch ist dort die starke ArbeiterInnen- (Marmorindustrie) und Partisanenbewegung und Carrara als „Hochburg des Anarchismus“ bekannt. In der Gegend war auch eine starke Kolonne der Brigade Rosse präsent, eine der wenigen wovon die Repression nur wenige Militante aufdecken und verhaften konnte. In die Periode seiner Verhaftung gehörten auch die Ökomilitanz und der sog. „Ökoterrorismus“ zu den einheimischen Volkswiderständen. So die grossen Mobilisierungen gegen die Fabrik des Chemiemultis Montedison in Marina di Carrara, der Anfang der `90iger Jahre mit einem schlimmen Unfall das Gebiet massiv mit Dioxin und anderen Giften verseucht hat. Oder der Widerstand gegen die verschiedenen im Gebiet gebauten oder geplanten Abfallverbrennungsanlagen und gegen die elektromagnetische Verseuchung durch die oben genannte

Hochspannungsleitung. Diese wurde von La Spezia durch Massa-Carrara und die angrenzende Versilia bis nach Pisa und oft sehr nahe an Häusern, Ortschaften und Gehöften gebaut. Ein Verwaltungsgericht verfügte zwar deren „Ausschaltung“ jedoch mit den üblichen „Ausnahmebewilligungen“ um sie trotzdem voll betreiben zu können. Was zu wiederholten „Abschaltungen“ durch Mastensprengungen führte. Es gab Widerstand auf den Strassen und militante Aktionen gegen die spekulative Räumung des historischen Sitzes der AnarchistInnen im Zentrum Carraras, wo z.B. zwei gepanzerte Geldtransporter der Sicherheitsfirma, die den geräumten Sitz bewachte, auf dem Parkplatz vor dem Polizeipräsidium Carraras gesprengt wurden. Dann gab es eine lange Reihe von gesprengten Luxusferienvillas in Meeresnähe als Teil des Volkskampfes gegen die touristisch-spekulative urbane Restrukturierung, die mit massivem Wohnraumverlust und massenhaften Räumungsandrohungen für die arbeitende Bevölkerung einhergingen.

Nach Verbüßung der Strafe wird Marco Camenisch im April 2002 für die acht verbleibenden Jahre seiner ersten Verurteilung sowie für den Prozess wegen der Flucht und der Schiesserei am Zoll an die Schweiz ausgeliefert. Von Mai 2002 bis 2004 dauert dann das Verfahren gegen ihn und der Prozess - Anlass für eine breite Solidaritätskampagne - wurde mit dem Freispruch in Sachen Tod des Gefängnisaufsehers und mit der Verurteilung zu 17 Jahren für den Tod des Zöllners abgeschlossen. Diese Verurteilung ist auf fehlende „Reue“ und seine entschlossene Bekennung zur offensichtlichen immer dringenderen Notwendigkeit des revolutionären Umsturzes der kapitalistisch-imperialistischen Weltordnung zurückzuführen. Diese 17 Jahren „Zusatzstrafe“ wurden unter Verletzung (im spezifischen Fall) ihres eigenen Strafgesetzbuches ausgesprochen. Im März 2007 muss die Strafe auf die im spezifischen Fall juristisch mögliche Höchstbemessung von 8 Jahren herabgesetzt werden, was insgesamt 30 Jahre Knast mit Strafende Mai 2018 bedeutet. Im Gefängnis nimmt Marco trotzdem an den Kämpfen der sozialen und politischen Gefangenen teil und vermittelt weiter die Notwendigkeit des solidarischen Widerstandes gegen dieses Herrschaftssystem. Er spielt eine aktive Rolle beim Zusammenbringen verschiedener Kampfsituationen (anarchistische Zirkel, Kollektive von UmweltschützerInnen und mit Gruppen, welche die Internationale Rote Hilfe aufbauen) und im Aufbau von starken Beziehungen, von Solidarität und Nähe. Auch dadurch haben sich um Marco, in vielen Initiativen und solidarischen Momenten, verschiedene und zahlreiche Situationen und Szenen nicht nur in Italien sondern auch auf internationaler Ebene angenähert und mobilisiert. Darunter auch viele GenossInnen, die ihn nicht nur wegen der Affinität des Denkens gekannt haben, sondern die auch als FreundInnen, Geschwister und LebensgefährtInnen mit ihm sowohl glückliche als auch schwierige Zeiten geteilt haben. In diesen Jahren stand Marco immer auf unserer Seite, denn trotz der körperlichen Trennung lebt seine Anwesenheit in den Kämpfen fort. Seine Stimme, sein Denken, seine anhaltende wichtige Übersetzungsarbeit, seine vielen Beiträge und solidarischen Hungerstreiks vermitteln eine Solidarität, die, mit einer fast weltweiten Vernetzung der Kommunikation und praktischen Solidarität mit revolutionären Gefangenen, frei von ideologischer Abschottung und Dogmatismus ist.

Seine zahlreichen Texte trugen und tragen immer noch zum Wachstum und zur Stärkung eines Verlaufes im Kampf gegen jede Form von Unterdrückung und Ausbeutung zur Verteidigung von Mensch, Erde und aller Lebewesen bei.

Er ist einer der GenossInnen, die sich ihrer Gefangenschaft und dem Voranschreiten dieses Herrschaftssystems nie ergeben haben und nie resignieren. Auch er hat seinen revolutionären Weg nie verleugnet, und seine Kohärenz und Klarheit auch in einer Epoche der armseligen menschlichen Beziehungen und politischen Substanz nie der opportunistischen Beliebigkeit geopfert.

Und gerade all das möchte die Macht zerstören, nämlich seine grünanarchistische und immer aufrechte Identität, die Zuneigungen und das ganze weite Netz an internationalen Kontakten und Beziehungen mit zahllosen und verschiedenen Kampfsituationen, die sich um ihn herum gebildet haben.

Der sehr harte Preis, den Marco in all diesen Jahren bezahlt hat und weiter zahlt, ist der Preis, den jene revolutionären Gefangenen in allen Knästen der Welt bezahlen, die ihre Beherztheit im Kampf gegen jegliche Herrschaft und Ausbeutung aufrechterhalten.

Er wäre schon seit einigen Jahren zu einigen gesetzlichen Lockerungen wie Urlaubstage berechtigt. Diese werden ihm beharrlich verweigert. Die Tatsache, dass er nicht abschwört, wird offen geltend gemacht um diese Ablehnung zu rechtfertigen. Marco bezeichne sich nach wie vor als Anarchist und vertrete die Meinung, dass die Gesellschaft sich nach wie vor im Krieg befinde, so eine offizielle Begründung der Behörden.

Es wird dringend und notwendig, dass wir noch einmal zusammenstehen und Kräfte sammeln, mit der Bewusstheit, dass nur weit reichende internationale Mobilisierungen auf allen Ebenen des Kampfes zum Erfolg führen und den nicht nur schweizerischen sondern international gefahrenen Kurs der Vernichtung unserer gefangenen GenossInnen durch Feindstrafrecht umkehren kann. Marco und alle anderen müssen raus aus dem Knast! Und Marco und alle anderen weltweit wieder frei unter uns zu fordern, heisst nach dreissig Jahren immer noch und immer stärker und vereinter gegen Herrschaft und Ausbeutung weiterzukämpfen.

## MIT DER KNASTGESELLSCHAFT BRECHEN TAGE GEGEN KNÄSTE UND EINE WEIT, DIE SIE SCHAFFT

**26. BIS 28. NOVEMBER 2010 IN BERLIN**

Die sozialen Angriffe auf unser aller Leben nehmen weiter zu. Während immer größere Teile der Bevölkerung ihrer Lebensgrundlagen durch Kürzungen im Sozialbereich und Gesundheitswesen mit gleichzeitigen befristeten Niedrigst-lohnbeschäftigungen beraubt und an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, nehmen staatlich organisierte Eingriffe in unser Leben ständig zu.

Wir leben in einer Zeit, in der das Arbeitsamt mehr über uns weiß als unsere direkten Nachbar\_innen und Kontrolle über uns ausübt, die vor ein paar Jahren noch undenkbar erschien. Aufenthaltsbestimmungen, Kontrolle bis hin zur Größe und Lage unserer Wohnung, Ein-Eurojobs und die Möglichkeit uns am langen Arm verhungern zu lassen, wenn wir uns dagegen wehren oder uns dieser Verwertungslogik verweigern, sind Beispiele dieser Eingriffe. Prekäre Lohnbeschäftigung mit mangelnder sozialer Absicherung sind Realität für viele. Noch schlimmer trifft es die, die sich hier ohne Papiere und sicheren Aufenthaltsstatus ein Leben aufbauen wollen. Menschen mit migrantischem Hintergrund schlägt die Härte institutionalisierten Rassismus direkt ins Gesicht und gipfelt darin, dass Leute, ohne sich auch nur irgendeines „Verbrechens“ schuldig gemacht zu haben, eingesperrt und abgeschoben werden. Die, die nicht abgeschoben werden können, dürfen ihre Wohnorte nur mit Genehmigung verlassen und sollen mit Gutscheinen statt Bargeld einkaufen gehen. Das sind nur die offensichtlichsten Beispiele der Angriffe, denen Menschen, die an den Rande der Gesellschaft gedrängt werden, tagtäglich ausgesetzt sind.

### Als Beispiel: Neukölln/Berlin

Kurzerhand werden im größeren Kontext ganze Stadtteile zu Problemzonen deklariert und erhalten ihre ganz besondere eigene Fürsorge. Als Beispiel wollen wir kurz auf Neukölln in Berlin eingehen. Dieser Stadtteil eignet sich bestens für einen solch konstruierten Problemfall und weiterer Möglichkeiten die Mauern der Knastgesellschaft höher und dicker zu bauen und die soziale Kontrolle zu verschärfen. Da es hier viele Menschen mit migrantischem Hintergrund, sowie eine

hohe Arbeitslosigkeit gibt muss es vor Problemen nur so wimmeln. Kameraüberwachung an sämtlichen öffentlichen Orten und die Säuberung des Straßenbildes von unliebsamen Elementen werden zum Haupttätigkeitsfeld staatlichen und privatwirtschaftlichen Handelns. Die Jugend- und Bandenkriminalität sei sehr hoch, deshalb braucht es vermehrte Polizeipräsenz im Kiez, genauso wie private Wachdienste an Schulen und öffentlichen Orten. Der Stadtteil gilt als Experimentierfeld für repressive Maßnahmen und gleichzeitig als Aushängeschild für positives Engagement gegen die Missstände innerhalb unserer Gesellschaft und souveränes Handeln gegen unangepasstes Verhalten.

Die Rütli-Schule konnte dank des massiven Eingreifens von Sozialarbeiter\_innen befriedet und die Ordnung wieder hergestellt werden. Unter der Oberfläche brodelt es jedoch weiter. Die kosmetischen Verbesserungen und Befriedungsstrategien können nur deckeln was irgendwann überkochen muss. Integration und Assimilation werden zu Voraussetzungen um überhaupt existieren zu dürfen. Unterdrückungsmechanismen auf allen Ebenen werden vorbereitet und in Stellung gebracht. Soziale Ungerechtigkeiten werden weggewischt und Gründe für existierende Probleme weder benannt noch angegangen. Doch die Verantwortlichen für alle Probleme sind schnell gefunden.

Verdächtige Jugendgruppen verschwinden aufgrund des Drucks durch Polizei und anderer Sicherheitskräfte von der Bildfläche; Bänke werden aus Parks entfernt, sodass auch niemand diese zum Schlafen nutzen kann. Neue Techniken der Bestrafung finden hier ihre erste Anwendung. So zum Beispiel ein Konzept für härtere Strafen für jugendliche Straffällige. Diese sollen in einem beschleunigten Verfahren zu Kurzhaftstrafen verurteilt und abgeschreckt werden. Mit ihnen gleich alle anderen auch. Das Konzept fand Anklang und wird nun auf die ganze Stadt ausgeweitet werden. Vorurteile gegen Migrant\_innen werden geschürt, sie sollen sich entweder integrieren oder verschwinden. Wie schon gesagt, es handelt sich hierbei um ein Beispiel aber nicht um einen Einzelfall.

Ehemals ein Arbeiter\_innenquartier wird dieser Stadtteil mit der durch Aufwertung bedingten Veränderung der Stadt nun auch für die kapitalistische Ausbeutung interessanter. Durch die Stadt geförderte Initiativen wie die Task-Force Okerstraße haben sich die Problemlösung auf die Fahnen geschrieben. Alles was nicht dem gewünschten Stadtbild entspricht soll verschwinden. Wie schon zuvor genannt sind die Feinde klar ausgemacht: Herumlungernde, Migrant\_innen und trinkende Menschen an Kiosken. Einkommensstärkeren soll der Zuzug schmackhaft gemacht werden. Die Folgen sind klar. Modernisierungen und Mietsteigerungen, und die Menschen mit kleinem Geldbeutel müssen über kurz oder lang gehen.

## Knäste bedeuten für viele den Endpunkt sozialer und wirtschaftlicher Ungerechtigkeiten

Die Verflechtung von staatlichen und kapitalistischen Interessen führt auch auf anderen Ebenen zur Verschärfung der Lebensbedingungen. Knäste bedeuten für viele den Endpunkt sozialer und wirtschaftlicher Ungerechtigkeiten. Eindrucksvoll hierfür stehen die vielen Berliner Gefangenen, die auf Grund nicht beglichener Geldforderungen in Folge nicht bezahlter BVG-Tickets in Gefängnissen einsitzen. Dazu kommen steigende Belegungszahlen bei gleichzeitigem Rückgang von Kriminalität. Gefängnisse werden privatisiert und Insass\_innen dort zu Arbeiten für die Wirtschaft gezwungen. Eine Entwicklung, die in Deutschland zwar neu ist jedoch auf ihr erfolgreiches Vorbild in den USA zurückblicken kann. Um sich der Probleme endgültig zu entledigen wird nun hitzig über die Langzeitverwahrung von Intensivstrafäter\_innen diskutiert, die sog. Sicherungsverwahrung. Hierbei handelt es sich entgegen der öffentlichen Diskussionen jedoch nicht überwiegend um Sexualstrafäter\_innen und Mörder\_innen. Viele Wiederholungstäter\_innen unterschiedlichster Delikte sind mit dem Damoklesschwert des Für-immer-weggesperrtseins konfrontiert. Das Gesetz fand seine erste Anwendung in den Gerichtssälen Nazideutschlands. Ähnlich sieht es mit geschlossenen Kinderheimen für straffällig gewordene Jugendliche aus. Mindestens drei Jahrzehnte nach der durch massive Proteste erwirkten Reformen bezüglich Kinder- und Jugendeinrichtungen ist bis heute immer noch keine wirkliche Aufarbeitung der Vorkommnisse und deren Auswirkungen für die Insass\_innen geschehen, Politiker\_innen jeglicher Seiten fordern trotzdem wieder deren Einführung. Die einen sollen verdrängt oder abgeschoben, die anderen für immer weggesperrt werden. Alle anderen sind angehalten sich unter ständiger Kontrolle ihres Verhaltens auf Video oder ihrer Kommunikation über Telefon und Internet nichts zu Schulde kommen zu lassen. Die/der gläserne Bürger\_in wird nicht nur zur staatlichen Idee des funktionierenden Untertans, oft genug wird auch das Selbstbild einiger „Ich habe ja nichts zu verbergen“ zur Gefahr für die, die das ganz anders sehen. Wer sich nicht anpasst fällt in ein Raster was von ablehnend, kritischer Beobachtung seiner Mitmenschen bis hin zu staatlicher Überwachung und Verfolgung führen kann.

## Gemeinsam nachdenken, gemeinsam handeln!

Soziale Kontrolle ist nicht länger Institutionen abhängig, sondern breitet sich in einem ganzen Arsenal lokaler Programme und Projekte aus. So wird sie zum „selbstverständlichem“ und „unverzichtbarem“ Bestandteil des Alltagslebens. Auf Widerstand folgt Repression – der Sinn umfassender Infos über die verschiedenen repressiven Angriffe ist, die verschiedenen Wirkweisen der Repression einzuschätzen und zu erkennen, dass sie an unterschiedlichen Orten zu verschiedenen Zeitpunkten abgestuft agiert um dieselben Ziele zu erreichen.

Dem staatlichen Interesse uns zu kontrollieren, sanktionieren und einzuschüchtern wollen wir unseren Willen für eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Zwangsanstalten und Repression zu kämpfen entgegenzusetzen.

Wir laden ein zu einer Suche nach Antworten auf Kontrolltechniken, -politiken und -strategien. Was bedeutet es auf herrschende Kontrollpolitiken zu antworten, sie zurückzuweisen und vor allem: Wie kann Widerstand gegen Kontrolle aussehen? Was können wir gegen die sich ausweitende Repression tun? Das wird uns nicht individuell gelingen, sondern nur kollektiv.

Die Anti-Knast-Tage sollen ein Ort des Kennenlernens, des Austausches und des Vernetzens sein. Wir wollen produktiv streiten, und gemeinsam Perspektiven und Widerstand gegen Repression entwickeln. Wir laden euch alle ein zu einem Wochenende mit Diskussionen, Workshops, Veranstaltungen und Filmen ein.

Wann: **26. bis 28. November 2010**

Wo: **im New York / Bethanien (Mariannenplatz 2, Berlin-Kreuzberg)**

Weitere Infos könnt ihr auf

[www.mitderknastgesellschaftbrechen.wordpress.com](http://www.mitderknastgesellschaftbrechen.wordpress.com) nachlesen.

Informiert Euch und andere, macht den Termin bekannt, bereitet eigene Aktionen vor und was euch sonst noch einfällt!

Die Vorbereitungsgruppe

Freiheit für alle!

Für eine Gesellschaft ohne Knäste!

Weg mit allen Zwangsanstalten!



# **Jetzt nur nicht die Wut verlieren!**

## **29 Jahre Todestrakt - Freiheit für Mumia jetzt!**

*Seit 29 Jahren sitzt ein Journalist im Todestrakt - weil er gewagt hat, laut zu sagen, was ist.*

*Seit 29 Jahren ist ein Mensch von seinen Angehörigen isoliert -  
weil Gefangene in seinem Land kaum Rechte haben.*

*Seit 29 Jahren ist ein Afroamerikaner ständig vom Tod bedroht -  
weil die Todesstrafe das letzte Mittel einer untergehenden Gesellschaftsordnung ist.*

*Der Gefangene heißt Mumia Abu-Jamal, der Ort liegt im US Bundesstaat Pennsylvania nahe Waynesburg. Eine von der Regierung betriebene Gefängnisfabrik produziert dort jährlich ca. 50 Millionen US-\$ Profit durch Zwangsarbeit. Inmitten dieser Fabrik ist ein Hochsicherheitstrakt, in dem knapp 250 Menschen unter weitestgehender Isolation auf das Ende ihres Lebens warten. In 6m<sup>2</sup> kleinen Zellen haben sie nur eine einzige Gewissheit: dass sie diese Mauern nicht lebend verlassen werden. Manche von ihnen kennen sogar schon den Tag, an dem sie sterben werden.*

In einem Land, in dem 80% der Bevölkerung europäischen Ursprungs sind, leben in den vergessenen Todestrakten der Supermax Gefängnisse überwiegend AfroamerikanerInnen sowie Native Americans, Hispanics oder AsiatInnen. Gerade mal 34% der Gefangenen entstammen der Bevölkerungsmehrheit.

In den Gefängnisfabriken, die über die gesamten USA verteilt sind, sieht es ähnlich aus. Der Gefängnisindustrielle Komplex ist einer der größten Binnenwirtschaftszweige der USA. Das Verfügen über nahezu unbezahlte Arbeitskraft war der historische Motor für den Aufbau der nordamerikanischen Kolonien. Die nach der Gründung der USA auch formal institutionalisierte Sklaverei wurde 1865 offiziell abgeschafft - real

existiert sie bis heute in der Gefängnisindustrie weiter. Kein Land der Erde inhaftiert momentan mehr Menschen als die USA, weder prozentual noch nach konkreten Zahlen. Die Todesstrafe als ultimative Bedrohung garantiert dabei das Stillhalten der eingeschüchterten Bevölkerung.

Für einen untergeschobenen Polizistenmord wurde Mumia Abu-Jamal zum Tode verurteilt. Real jedoch, weil er konsequent über Rassismus, Polizeigewalt und behördliche Korruption berichtete. Das macht er bis heute und erreicht damit inzwischen trotz Isolationshaft Millionen Menschen. Er gibt all denen eine Stimme, die in den Medien in der Regel ignoriert werden. Nach jahrzehntelangen erfolgreichen Protesten versucht die Regierung zur Zeit erneut, seine Hinrichtung doch noch durchzusetzen.

Politische Justizwillkür kennzeichnete ebenfalls die Verurteilungen von Leonard Peltier für dessen Engagement im American Indian Movement (A.I.M.) sowie den Cuban 5, welche den von US Geheimdiensten gedeckten Terror gegen Cuba verhindern wollten. In den USA sitzen laut Menschenrechtsgruppen momentan weit über 100 Gefangene allein wg. ihrer politischen Anschauungen ein. Anti-Repressionsgruppen gehen sogar von über 4000 aus.

*Wir wissen um die sterilen Gänge und Zellen, in denen Menschen, deren einzige Schuld es meistens ist, sich keine angemessene Verteidigung leisten zu können, auf ihr gewaltsames Lebensende warten. Wir wissen um die Kraft, welche Post, Berichte über Solidaritätsproteste oder Haftbesuche in diese sterilen Mauern des Todes tragen. Wir stehen zusammen mit Mumia Abu-Jamal und allen anderen, die von der Todesstrafe bedroht sind. Kein Staat hat das Recht, Gefangene zu ermorden!*

**LASST UNS GEMEINSAM AUF DIE STRASSE GEHEN, UM DER VERTRETUNG DER USA KLAR ZU MACHEN, DASS WIR NUR EINE LÖSUNG AKZEPTIEREN WERDEN:**

**Freiheit für Mumia Abu-Jamal!**

**Freiheit für alle politischen Gefangenen!**

**Abschaffung der Todesstrafe weltweit!**

**Demonstration | Samstag 11. Dez. 2010 | 14:00 Heinrichplatz - Bln X-berg |  
Abschluss - US Botschaft - Brandenburger Tor**

Info: [www.mumia-hoerbuch.de](http://www.mumia-hoerbuch.de)

V.i.S.d.P.: Anton Meetin, Selchowstr., Berlin

Freitag, d. 17.12.2010

Samstag, d. 18.12.2010



**19 Uhr Über die Selektion des unbrauchbaren Leben durch Bevölkerungspolitik und gesellschaftliche Kostenrechnung.**

(Vortrag von Wolfgang Ratzel)

Die Gleichzeitigkeit vieler ökosozialer Großkrisen verschärft die globale Standort Konkurrenz im Weltsystem des Kapitalismus. Gewinner werden Standorte sein, denen es gelingt, eine "optimierte" Bevölkerungszusammensetzung "herzustellen" und den Zugriff auf fossile oder erneuerbare Ressourcen zu sichern.

Hinsichtlich Bevölkerungsverbesserung ist das Optimum erreicht, wenn nur Menschen leben, die für die Produktion und Reproduktion der Standortwirtschaft nutzbar sind. Als "suboptimal" gilt, wenn es noch Menschen gibt, die den Anforderungen des Produktions- und Reproduktionsprozesses nicht gewachsen sind oder unverschämterweise nicht gewachsen sein wollen.

Der Vortrag stellt die wichtigsten laufenden Selektionsprozesse des nützlichsten Lebens vor. Generationenbilanzrechnung, Immigrationssteuerung, sozialeugenische Geburtenverhinderung und Präimplantationsdiagnostik.

**17. und 18. Dezember 2010**

Teil 4

**Was tun, wenn ich nicht gebraucht werde?**

Ort: Mehringhof, Gneisenaustr.2a  
(U-Bhf. Mehringdamm), 10961 Berlin

Eintritt frei

**13-14.30 Uhr Über die Notwendigkeit zu werden. Handlungsstrategien von Ausgegrenzten und Randständigen im Widerstand gegen die Verwertungslogik der Bevölkerungspolitik:**

(Vortrag von Wolfgang Ratzel)

Derzeit erleben wir hierzulande, vor allem aber in Griechenland, Spanien und Frankreich, wie im Kampf gegen Kürzungspakete, Atompolitik und Stadtplanung alle herkömmlichen und über Jahrzehnte erfolgreichen Widerstandsrituale zusammenbrechen. Wochenlange Massendemonstrationen, flächendeckende Kundgebungen, gewalttätige Aktionen, Streiks bis hin zum siebenfachen Generalstreik bewirken nichts oder fast nichts mehr. Die Regierungen, ob sozialdemokratische oder konservative, ziehen die Kürzungen, Atom- und Abrisspläne auf Teufel-komm-raus durch.

Wenn nun die Widerstandsrituale der "wertvollen" und "gebrauchten" Bevölkerungsteile scheitern, wie können dann ausgerechnet Randständige erfolgreiche Widerstandsszenarios entwickeln? Randständige, die durch die am Freitagabend dargestellten Selektionsprozesse als "Last", als "unverwertbar", "überflüssig" bezeichnet, ja deren Geburt verhindert werden muss?

Jede Strategie der Selbstbehauptung beruht und zielt darauf, im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess gebraucht zu werden. Der Mensch wird in das Mitsein und die Teilhabe mit den Anderen hineingeboren. Er kann nur Mensch bleiben, wenn er als ganzer Mensch durch Liebe, Freundschaft, Solidarität, Arbeit, Muße und Kommunikation mit den Mitmenschen vernetzt bleibt. Wird er für überflüssig erklärt, beginnt er stückweis zu sterben. Im Nichtgebrauchtwerden lauert der vorzeitige Tod.

Was verbindet nun die Vielfalt der Randständigkeit? Was können wir aus vergangenen Aufständen der Armen lernen? Gibt es einen systemüberschreitenden politischen Horizont, der ausgerechnet aus dem randständigen Dasein erwachsen könnte?

**Und Über das Glück, als Arbeitskraft nicht gebraucht werden zu müssen**

(Vortrag von Robert Ulmer)

Arbeit macht krank und unglücklich, Arbeit vernichtet Lebenszeit und macht einsam. Besonders demütigend sind Arbeiten, die längst von Maschinen genauso gut oder sogar besser erledigt werden können. Schluss damit,

endlich Feierabend! Menschen können und wollen als Arbeitskräfte immer überflüssiger werden. Übrig bleibt die Arbeit, die wir den noch nicht erfundenen Maschinen "wegnehmen". Wer sich den Luxus leistet und sich die Mühe macht, über diese Punkte nachzudenken, kann als Arbeitsloser - ohne schlechtes Gewissen - glücklich werden. Aber fehlt nicht die Anerkennung? Wollen wir nicht alle gebraucht werden? Angst macht uns die Erkenntnis, dass es keine höhere Notwendigkeit für unsere Existenz gibt, dass wir alle genauso gut nicht sein könnten. Vor diesem Schrecken rettet nur die zeitweilige Sicherheit, als Lieben, als Freund gebraucht zu werden, für einen anderen oder eine andere notwendig zu sein. Hier gibt es das Glück gebraucht zu werden. Aber es ist unverdient, von der Freiheit des anderen abhängig. Zweifellos: Menschen wollen nicht überflüssig, sie wollen wichtig sein, aber frei, auf Augenhöhe. Sie wollen nicht deklariert, gefügig gemacht werden, und dann wie zum Hohn auch noch für ihre Arbeitsbereitschaft gelobt werden.

**14.30-15 Uhr Kaffeepause**

**15-16.30 Uhr Tipps für Erwerbslose**  
(Vortrag von Anne Seeck)

Wie bewältige ich die Erwerbslosigkeit. Dazu werde ich einige Anregungen geben. Mein Anliegen ist allerdings der Austausch zwischen den TeilnehmerInnen des Seminars. Wir beschäftigen uns mit Fragen der Alltagsbewältigung. Zum Beispiel: Was tun, wenn ich kein Geld mehr habe? Was tun, wenn ich umziehen muß? Was tun, wenn ich mich selbstständig machen möchte? Es geht aber auch darum, der Medienhetze und Stimmungsmache gegen Erwerbslose gewachsen zu sein. Wir sollten uns nicht selbst beschuldigen und isolieren, sondern uns gemeinsam politisch organisieren und gegen die Zumutungen wehren.

**16.30-17 Uhr Pause**

**17-18 Uhr Abschlußdiskussion**

Eine Seminarreihe von Teilhabe e.V.  
[www.teilhabe-berlin.de](http://www.teilhabe-berlin.de)

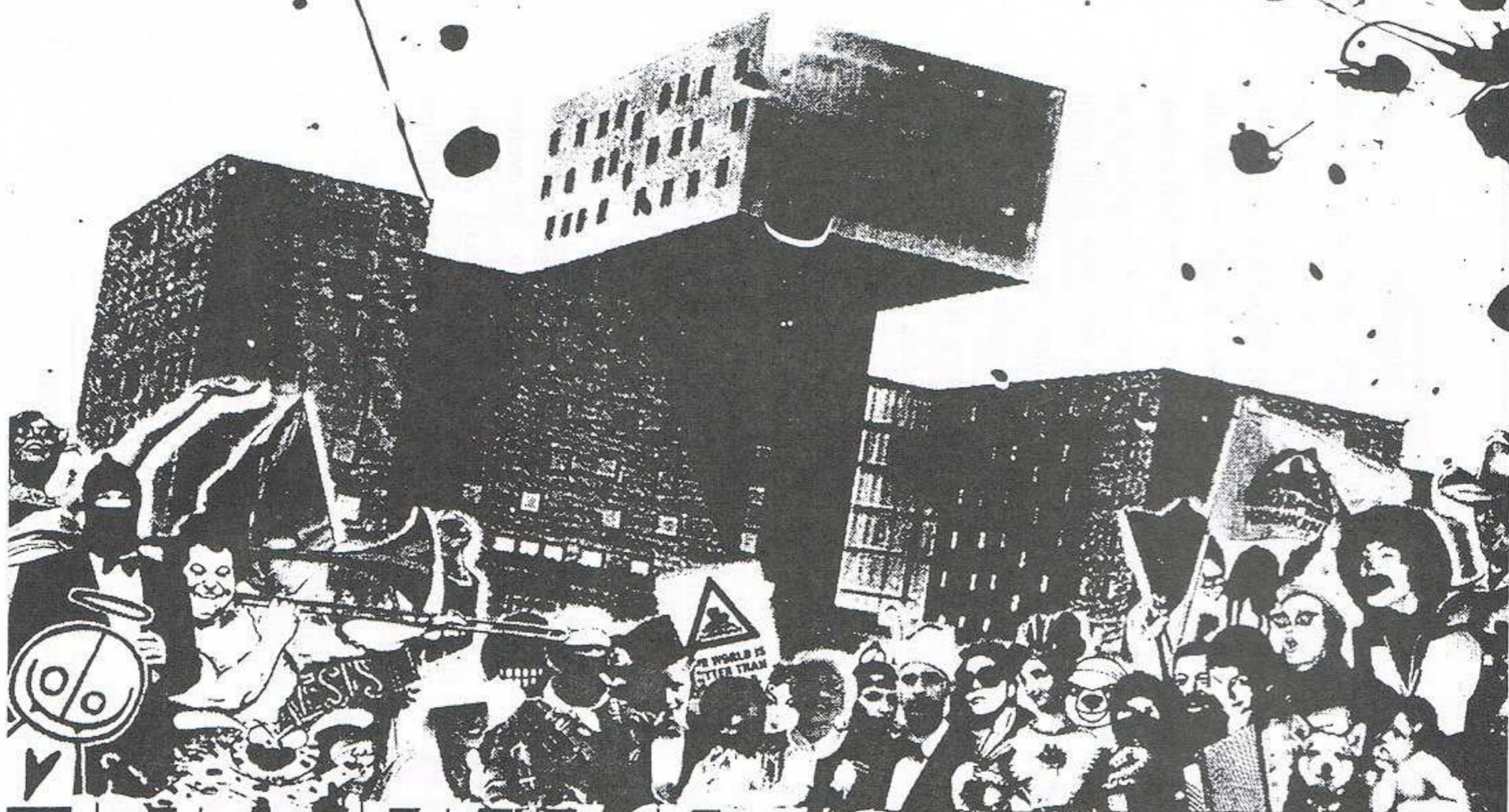
Kontakt: [anne.snk44@yahoo.de](mailto:anne.snk44@yahoo.de)

Unterstützt von der Stiftung  
Menschenwürde und Arbeitswelt

MEDIASPREENTERN

ZIMMERFERREI

WIR ZIEHEN EIN



DEMONSTRATION

SA., 27. 11. 2010, 15 UHR, BOXHAGENER PLATZ

Mitte November wird das 4-Sterne-Plus-Music-Design-Hotel „nhow“ am Spreeufer eröffnet. Bezahlbare Wohnungen werden in den umliegenden Kiezen aufgrund der Aufwertung immer seltener. Das nhow-Hotel ist Teil der Aufwertung, deshalb werden wir es als Wohnraum umfunktionieren. [MEDIASPREENTERN.BLOGSPORT.DE](http://MEDIASPREENTERN.BLOGSPORT.DE)